

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schieds-Richtamt Hannover Nr. 578/13
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Abonnementspreis d. Bogen vierteljährlich 3.— M., d. die Post 3,00 M. Einzel-Pr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Baummann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38-42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: VABergarbeiter Bochum

Kommender Lohn- und Arbeitszeitkonflikt im Ruhrbergbau.

Hufemann kündigt Kämpfe an!

Große Leistungssteigerung des Ruhrbergmanns. — Als Folge: hohe Gewinne der Unternehmer. — Die Bergarbeiter verlangen ihren Anteil.
Eine Konferenz in Bochum. — Das Lohn- und Arbeitszeitabkommen wird gekündigt. — Wer unorganisiert bleibt, läßt Verrat!

Am Sonntag, dem 22. Januar, tagte im „Parkhaus“ zu Bochum eine Revierkonferenz für das Verbandsgebiet Ruhrrevier, die Steuung nahm zu den nächsten Aufgaben des Verbandes als Abwehr der immer untraglicher werdenden Verhältnisse im Ruhrbergbau. Im Vordergrund stand dabei eine Aussprache über die derzeitigen Lohnverhältnisse, die unbedingt einer Abänderung zugunsten der Bergarbeiter bedürfen. Die Bergarbeiter leiden unter den schwierigsten Berufsverhältnissen. Hinzu kommt die ständige Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit. In der Entlohnung aber stehen sie ungefähr an 15. bis 20. Stelle unter den Berufsgruppen der Handarbeiter. Das ist ein unerträgliches Verhältnis. Es muß deshalb vor allem versucht werden, eine Erhöhung der derzeitigen Löhne zu erreichen. Die Konferenz fasste deshalb den Beschluß, den bestehenden Lohnsatz zum ersten künftigen Termin zu kündigen. Gleichzeitig soll das bestehende Mehrarbeitszeitabkommen so geändert werden, daß beide Vereinbarungen (für Lohn und Arbeitszeit) gleichzeitig ablaufen.

Die von über 700 Delegierten besuchte Konferenz zeigte einen geschlossenen Willen, die damit sich vorbereitende Bewegung unter allen Bedingungen bis zu einem erfolgreichen Ende durchzuführen. Die Konferenz war der

Auftakt

zu einer eifrigen Werbeaktion,

die nun von allen Organisierten eingeleitet werden muß, um so weit wie möglich die Unorganisierten der Organisation zuzuführen. Gerade den Unorganisierten muß klar gemacht werden, daß sie den größten Hemmschuh für den Fortschritt der Bergarbeiter bedeuten. Die Zeit bis zum 1. Mai soll deshalb dazu dienen, all diese Säumigen für uns zu gewinnen.

Eine außerordentlich scharfe Beurteilung fand die Haltung der kommunistischen Presse, die sich nicht gescheut hat, der Revierkonferenz einen Artikel zu widmen, der für die kommunistischen Delegierten den Mahnruf enthielt: „Wehrt den Anhangen des Verrats“, womit man auf die Politik des Bergarbeiterverbandes hinzierte unter demagogischer Ausnutzung einer Meldung im „Dortmunder General-Anzeiger“. Man darf sich den unterwürfigen „Ruhr-Edo“-Journalisten von Stains Gnaden gegenüber jedes Wort der Beurteilung sparen, sie verurteilen sich mit ihrem Handeln selbst. Und wie gründlich sie das tun, das beweist die am Schlusse stehende Entscheidung, die von 700 Delegierten gegen 34 Stimmen mit Bravourstimmen angenommen wurde. Aber auch diese 34 Stimmen zeigten sich wahrscheinlich nur deshalb, weil sich die kommunistischen Delegierten von ihren Parteizugehörigen beobachtet und kontrolliert glaubten. Eine eigene Meinung — das zeigt der Fall der russischen verbannten Revolutionäre — darf ja der Kommunist nicht an den Tag legen. Daß die Konferenz wirklich ganz auf Seiten der Verbandsleitung stand, zeigt die Tatsache, daß die Entscheidung I einstimmig angenommen wurde. So besteht denn die Hoffnung, daß die nächsten Wochen ebenso einig und geschlossen ausgenutzt werden, um die Bergarbeiter auf die kommende Bewegung vorzubereiten. Wie berechtigt die Forderungen der Bergarbeiter selbst sind, hat

Der Vorsitzende des Verbandes, Hufemann,

klar und unwiderleglich in seinem Referat aufgezeigt, aus dem wir folgendes entnehmen:

Das Jahr 1927 war für die Hütten- und Bergwerksindustrie ein Rekordjahr.

(„Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 10. und 13. Januar 1928.) Die Roheisenproduktion stieg von 9,64 Millionen Tonnen im Jahre 1926 auf 13,1 Mill. To. In den einzelnen Monaten des Jahres 1927 war eine Steigerung von 60 bis 71 Prozent gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 zu verzeichnen.

Ähnlich sieht es mit der Kohlenförderung Deutschlands aus. Sie betrug im jetzigen Gebietsumfang: Steinkohle 1913: 140,75, 1926: 145,36, 1927 (Dezember, geschätzt) 153 Mill. To. — Braunkohle 1913: 87,23, 1926: 139,88, 1927 (Dezember, geschätzt) 150 Mill. To.

Im Ruhrbergbau betrug die Förderung 1913: 114,2, 1926: 112,2, 1927: 118,1 Mill. To. Es ist also gegenüber dem Jahre 1913 eine Steigerung von 3,5 Prozent, gegenüber dem Jahre 1926 von 4,1 Prozent zu verzeichnen.

Diese Steigerung der Förderung ist zu verzeichnen bei einer geringeren Zahl von Arbeitern wie 1913.

Die Belegschaftsstärke im Ruhrgebiet betrug 1913: 126 033, 1926: 385 153, 1927 (November) 398 823 Mann. Es sind also 27 210 Arbeiter weniger beschäftigt als 1913.

Gegenüber Jahreschluß 1926 wurden im Ruhrbergbau 16 673 Mann oder 4,1 Prozent der Belegschaft abgebaut.

Wir sehen aus diesen Zahlen, daß die Entwicklung sowohl in der Hütten- wie auch in der Bergwerksindustrie eine gute war, und zeigen diese Zahlen auch, daß die Rationalisierungsmaßnahmen im Bergbau erfolgreich waren. Dieses ersehen wir auch aus der Steigerung des Schichtförderanteils je Arbeiter. Dieser betrug für den Hauer im Monatsdurchschnitt 1926: 2377 kg., im Oktober 1927: 2444 kg.

Wenn wir 1913 zu 100 setzen, dann ergibt sich, daß die Hauerleistung 1926 gegenüber 1913 um 26 und Oktober 1927 sogar um 32 Prozent höher liegt. Die Leistung der Gesamtbelegschaft überstieg im Gesamtverhältnis von 1913 in 1926 um 18 und Oktober 1927 um 20 Prozent. Man kann also ruhig sagen, daß sich

die Technisierung und Rationalisierung

im Interesse der Werte und Gesellschaften gelohnt hat.

Unter Rationalisierung verstehe ich aber nicht nur eine Besserung des Produktionsergebnisses für die einzelnen Werte, sondern für die Gesamtheit. Auch die Bergarbeiter sollen daran beteiligt sein. Einzelne Forderungen haben Ueberschnitte von 0,90 bis über 1,50 M. je Tonne im letzten Jahre zu verzeichnen. Trotz dieser günstigen Beschäftigung stehen in allen Berichten Klagen über die ungenügende Länge der Arbeitszeit, zu hohe Löhne, Soziallasten, Steuern, über Schichtungsdruck, ungenügende Kohlenpreise usw. wieder. In keinem der Berichte hält es einer der maßgebenden Führer der kapitalistischen Wirtschaft für notwendig, auf die Lage der 400 000 Bergarbeiter einzugehen.

An keiner Stelle findet man die Anerkennung, daß Rationalisierungsmaßnahmen, mechanische Förderung usw. die Ausnutzung der Arbeitskraft des Arbeiters und der Gesamtheit ungeheuer gesteigert hat.

Wenn man, gemessen an dem Index und dem Lohn im Oktober, der für die Gesamtbelegschaft 8,22 M. je Schicht und für die Hauer brutto 9,54 M. betrug, feststellen muß, daß diese nur 93 und die Gesamtbelegschaft 97 Proz. des Friedensreallohnes haben, dann muß man sagen, daß der Bergmann heute schlechter lebt als im Jahre 1913.

Es sollte deshalb unter vernünftigen Menschen auch gar keinen Streit darüber geben, ob die Löhne der Bergarbeiter nicht nur an der Ruhr, sondern in ganz Deutschland erhöht werden müssen.

Lange Arbeitszeit und ungenügende Entlohnung sind ungeeignete Mittel für die Hebung der Wirtschaft. Sie bringen frühzeitigen Verfall der Kräfte, Krankheit und Invalidität mit sich. Gegenüber der Rationalisierung der Wirtschaft, die eine Steigerung der Unfall- und Krankheitsgefahren mit sich brachte, ist unbedingt erhöhter Schutz der arbeitenden Bevölkerungskreise notwendig.

Die Zahlen des Reichsnappschafftsvereins

reden eine deutliche Sprache. Im Jahre 1926 wurden auf 750 000 Mitglieder 593 800 Krankheitsfälle mit 18,7 Millionen Krankentagen festgestellt. Auf einen Krankheitsfall entfielen 31,4 Krankentage. Während bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen auf 2,3 Mitglieder ein Krankheitsfall zu verzeichnen war, konnte bei der Reichsnappschafftsverein schon auf 1,3 Mitglied ein Krankheitsfall registriert werden. Der Ruhrbergmann wird mit 46,1 Lebensjahren bei 19 Dienstjahren Invalid. Im gesamten deutschen Bergbau tritt dieses erst bei 50,5 Lebens- und 23,3 Dienstjahren ein.

Schlechte Entlohnung der Bergleute bedingt Abwanderung in besser entlohnte Berufe. Der Bergbau braucht aber kräftige und gesunde Arbeiter. Wir müssen also zu einer besseren Entlohnung der Bergarbeiter an der Ruhr und im allgemeinen kommen.

Wie ist das möglich?

Unser Tarif läuft bis zum 30. April 1928 und kann am 1. April zum Monatschluß gekündigt werden. Wir werden von diesem Kündigungsrecht Gebrauch machen. Wir sind auch bemüht gewesen, eine zwischentarifliche Lohnerhöhung zu bekommen. Das war nach dem Tarifrecht aber nur möglich, wenn die Unternehmer sich einverstanden erklärten. Der Zechenverband hat das aber abgelehnt und hat sogar die Notwendigkeit einer Lohnherabsetzung vertreten. Man kann nicht sagen, daß das eine gute Arbeiterpolitik ist. Einen Schiedsspruch für eine zwischentarifliche Lohnerhöhung zu bekommen ist nicht möglich. Auch ist es vom tarifrechtlichen und gewerkschaftlichen Standpunkt aus unmöglich, bei einem bestehenden Tarif den Kampf aufzunehmen. Eine glatte Niederlage würde die Folge gewesen sein. Wenn der Lohnsatz am 1. April gekündigt wird, dann stehen wir völlig frei und unabhängig da. Ich bezweifle nur, ob es in den freien Verhandlungen zu einer brauchbaren Vereinbarung kommt, denn dazu sind unsere Unternehmer zu kurzichtig. Jeder, der verlangt, daß in der Arbeitszeit- und Lohnfrage was geschehen soll, muß sich bewußt sein, daß es sich hier um Machtfragen handelt. Es kommt nicht auf radikale Beschlüsse an, sondern die Frage ist: Was steht dahinter?

Auch bei unserem Schlichtungsweisen in Deutschland ist es notwendig, daß hinter den Forderungen der Gewerkschaften die geschlossene Macht der Arbeiterkraft steht. Dieses hat uns die mitteldeutsche Braunkohlenbergarbeiterbewegung im vergangenen Jahre gezeigt. Im Juni und Juli war ein Schiedsspruch mit 3 Prozent Lohnerhöhung nicht tragbar. Als die gesamte Belegschaft mit ungefähr 75 000 Mann restlos in den Kampf eintrat, konnte eine Lohnerhöhung von 11,5 Prozent getragen werden. Die Hauer- und Ruhrbezirksleitungen sind darin einig, daß die jetzt einsetzende

Bewegung nur dann von Erfolg sein wird, wenn der feste Wille besteht, unter Umständen auch von dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen.

Es gilt, dieses Bewußtsein dem Bergarbeiter einzuhämmern. Die mehr als zwei Monate bis zum Kündigungsstermin sind auszunützen. Vorbedingung des Erfolges ist Geschlossenheit in der Organisation und Abwehr jeder falschen Parole, ganz gleich, von wo sie kommen mag. Ich sage dies hier mit derselben Deutlichkeit, wie am 2. Oktober 1927 für die mitteleuropäische Bewegung in Halle:

In diesem nun beginnenden Kampfe dürfen nur die Parolen der Gewerkschaften verfolgt werden. Weder die kommunistische, noch eine andere Partei hat uns da hineinzureden. Wer es trotzdem versucht, schädigt unseren Kampf und damit die Interessen der Bergarbeiter. Unsere Mitglieder und Funktionäre haben nur der Parole des Verbandes zu folgen. Flugblätter, die sich mit dieser Bewegung befassen und von einer Partei herausgegeben werden, sind von Verbandsmitgliedern nicht zu verbreiten. Wer Sonderparolen ausgibt oder befolgt, gilt als Verbandsfeindling. In öffentlichen Bergarbeiter- und Belegschaftsversammlungen sind außer Belegschaftsmitgliedern nur Redner zugelassen, die von den Gewerkschaften bestimmt wurden. Wir wollen Euch führen! Um dies aber mit dem notwendigen Schick tun zu können, müssen wir nicht nur das Vertrauen dieser Konferenz und unserer Funktionäre, sondern auch aller Bergarbeiter haben.

Zum Schluß möchte ich folgendes zusammenfassen:

Die Lage des Bergbaues ist so, daß eine Lohnerhöhung getragen werden kann und muß. Die Löhne der Bergarbeiter müssen bedeutend veräußert werden. Auch sonst sind Verbesserungen im Arbeitsverhältnis dringend notwendig. Um das zu erreichen, ist der geschlossene Wille aller Bergarbeiter erforderlich. Dieser geschlossene Wille muß sich auswirken in der Gewinnung der Unorganisierten für den Verband und dem festen Streben, diese Bewegung und den Lohnkampf mit Geschlossenheit zu einem guten Ende zu bringen.

Die angenommenen Entschlüsse lauten:

I.

Die am Sonntag, dem 22. Januar 1928, von über 700 Vertrauensmännern besuchte Revierkonferenz der Vertrauensmänner des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat die folgenden Punkte angenommen und genehmigt an den ergynten und noch vorwiegend stehenden Revierausgleichungskommissionen für viel zu niedrig. Es gibt augerwart des Bergbaues nur keinen anderen Wert, der unter so großen Gefahren und Opfern seine Leistung auszuweisen muß, wie das im Bergbau der Fall ist. Auch die Wertschätzung des Bergbaues hat im Laufe der Jahre ungenügende Fortschritte gemacht. Durch die vermehrte Einfuhrung der Maschinenarbeit in Verbindung mit der verheerenden Untereinander wird die Gesundheit des Bergarbeiters sehr stark gefährdet. Dabei stehen die Reallohn aber noch unter denen der Vorkriegszeit, während auf der anderen Seite der Schichtförderanteil über dem der Vorkriegszeit liegt.

Angesichts dieser Tatsache hält die Konferenz eine bedeutende Erhöhung der Löhne für dringend erforderlich. Sie billigt ausdrücklich die bisherige Haltung der Verbandsleitung in der Lohnfrage. Ebenso stimmt sie den heute von der Verbandsleitung gemachten Vorschlägen in der Lohn- und Arbeitszeitfrage zu. Sie beauftragt die Organisationsleitung, zum ersten fälligen Termin die Kündigung des Lohnsatzes und des Mehrarbeitsabkommens auszusprechen und sofort alle Maßnahmen zu treffen, welche zur Durchführung der gestellten Forderungen notwendig sind.

Wenn die heutige Konferenz die Verbandsleitung beauftragt, alle Maßnahmen zur Durchführung einer Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit zu treffen, so ist sie sich damit der Tatsache bewußt, daß die Arbeitgeber, getreu ihrer bisherigen Haltung, freiwillig die so dringend notwendige Erhöhung der Löhne nicht geben werden. Sie hält es deshalb für erforderlich, daß die Belegschaften die Organisationsleitung im Kampfe um die Erhöhung des Bergarbeiterlohns nach allen Kräften unterstützen. Die Stärkung des Verbandes ist das beste Mittel, um den Arbeitgeber zu zwingen, der Forderung der Arbeiterkraft nachzukommen.

Die Konferenz fordert alle Kameraden des Ruhrreviers auf, alles zu tun, um die Einheit und Geschlossenheit der Ruhrbelegschaften zu fördern. Die Bewegung um Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen darf und wird nur geführt werden vom Bergarbeiterverband. Nur eine starke Organisation ist in der Lage, dem Bergarbeiter die gebührende Achtung zu beschaffen.

II.

Die jetzt eingeleitete Bewegung erfordert die vollständige Einheit und Geschlossenheit der Bergarbeiterkraft, denn nur dadurch ist die Gewähr geleistet, daß dieselbe auch erfolgreich durchgeführt werden kann. Diese Einheit wird aber in geradezu fribolier und unverantwortlicher Weise zerstört durch die Schreibweise der kommunistischen Presse und das Eingreifen der kommunistischen Partei in die Bewegung. Fast täglich wird in den kommunistischen Organen die Verbandsleitung und auch die Funktionäre des Verbandes in der geschäftigsten Weise beschimpft und heruntergesetzt.

Die Konferenz verurteilt die Schreibweise der kommunistischen Presse und das Eingreifen dieser Partei in gewerkschaftliche Angelegenheiten auf das Allerheftigste und erblickt in dieser Handlungsweise die größte Arbeitergefährdung und den offenen Verrat an den Arbeitern. Die Konferenz erklärt sich mit allen Maßnahmen einverstanden, welche die Verbandsleitung ergreift, um jede parteipolitische Einmischung zurückzuweisen. Sie fordert ausdrücklich den Vorstand auf, mit den schärfsten maßstabgemäßen Mitteln vorzugehen gegen Mitglieder und Funktionäre, welche gegen die Richtlinien des Verbandes während dieser Bewegung verstoßen.

Kalt oder warm?

Katathermometer oder Bergarbeitergesundheit?

Das sind natürlich nach der Auffassung einiger Wissenschaftler alte abgestandene Begriffe. Wie kann man auch sagen: kalt oder warm? Die Kunst der kurzen Begriffsbestimmung eines Heinrich Heine ist einer Anzahl unserer hochgelehrten Professoren niemals angenehm gewesen. Noch weniger angenehm ist sie aber den Scharfmachern in der Bergwerksindustrie. Sie möchten den Begriff „kalt oder warm“ v o l l s t ä n d i g b e s e i t i g t sehen. Es gibt da nämlich einige Bestimmungen im Allgemeinen Preuß. Berggesetz und einige Bergpolizeiordnungen, und diese sehen u. a. an Arbeiten vor warmen Betriebspunkten eine kürzere Arbeitszeit vor.

Es geht also um die Beseitigung der Begriffsbestimmung „warm“. Nach Herrn Professor Bruns-Gelsenkirchen darfst du, lieber Leser, bei glühender Sonnensitze über Tage oder bei trockener Hitze bis über 40 Grad Celsius nicht mehr sagen: „Es ist warm“, sondern es muß heißen: „Die Luft ist trocken und wenig bewegt.“ Wenn diese Begriffsbestimmung erst einmal Allgemeingut geworden ist, dann lassen sich mit Leichtigkeit alle Beschränkungen der Arbeitszeit unter Tage an heißen Betriebspunkten aus dem Wege räumen.

Die Unternehmer, im Bunde mit einigen Vertretern der Bergbehörde, sind feste an der Arbeit. Sie fennen zwar beide, wenn auch nur aus Anschauung, die furchtbare Arbeit in den heißen Steinkohlenschächten in Westfalen und den noch heißeren Kalischächten. Sie wissen, daß auf mehreren Gruben die Menschen fast nackt arbeiten müssen. Temperaturen von 30 Grad Celsius auf einer Anzahl Kaligruben sind keine Seltenheiten. Auf Hansa-Silberberg und Vorkenroda werden in der Regel 30 bis 33 Grad gemessen. Sigmundshall mißt bis über 38 Grad und in Buggingen wurden nach dem Schießen 40—43 Grad festgestellt. In dieser Hölle arbeiten Menschen, nackt, wie sie geschaffen sind! Erst dem Drängen des Betriebsrats ist es zuzuschreiben, daß sie wenigstens B a d e h o s e n bei der Arbeit tragen. Jetzt aber geht es darum, durch Beseitigung oder Verschlechterung der schon genannten gesetzlichen Bestimmungen und der Verordnungen diesen bei furchtbarer Hitze Arbeitenden unter Tage eine möglichst lange Arbeitszeit aufzuzwingen.

Der § 93 c des Allgemeinen Preußischen Berggesetzes bestimmt folgendes:

„Für Arbeiter, welche an Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als 28 Grad Celsius beträgt, nicht bloß vorübergehend beschäftigt werden, darf die Arbeitszeit sechs Stunden täglich nicht übersteigen.“

Als gewöhnliche Temperatur gilt diejenige Temperatur, welche der Betriebspunkt bei regelmäßiger Belegung und Belüftung hat.“

Die Bergwerksunternehmer haben den § 93 c des Allg. Preuß. Berggesetzes bisher nur auf den Steinkohlbergbau bezogen. Die Behörden haben ihnen darin Recht gegeben. Erz-, Braunkohlen- und Kalibergbau unterstehen nach Ansicht der Unternehmer und der Bergbehörde dieser gesetzlichen Bestimmung nicht. Für die letzteren Bergbauarten sind jedoch bezüglich der Arbeitszeit an heißen Betriebspunkten bergpolizeiliche Bestimmungen erlassen. Es ist ein nettes Durcheinander! Nicht einmal für Preußen ist die Sache einheitlich geregelt. Im Oberbergamtsbezirk Clausthal sind Sonderordnungen für den Salzbergbau erlassen. In denselben heißt es im § 280:

„Für Arbeiter, welche an Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als 30 Grad Celsius beträgt, nicht bloß vorübergehend beschäftigt werden, darf die Arbeitszeit sechs Stunden täglich nicht überschreiten.“

Weberfreiheit die Temperatur 35 Grad Celsius, so ist die Arbeitszeit auf vier Stunden zu verfürzen.“

Abweichend von diesen Bestimmungen enthielt der § 146 der bisherigen Bergpolizeiordnung des Oberbergamtsbezirks Halle folgende Bestimmung:

„Unter Tage dürfen Arbeiter bei mehr als 29 Grad Celsius höchstens sechs Stunden lang täglich beschäftigt werden.“

In einzelnen außerpreussischen Ländern ist überhaupt keine Regelung für die Arbeitszeit an heißen Betriebspunkten getroffen. Aber selbst die Bestimmungen der preussischen Bergpolizeiordnungen für Halle und Clausthal weichen stark voneinander ab. Während bisher in Halle bei über 29 Grad Celsius nicht länger als 6 Stunden gearbeitet werden durfte, ist das in Clausthal erst bei über 30 Grad der Fall. Während Clausthal noch eine besondere Regelung der Arbeitszeit an Betriebspunkten mit mehr als 35 Grad Celsius vorsteht, hält Halle eine derartige Bestimmung für überflüssig. Es ist also nicht einmal möglich, für die preussischen Oberbergämter eine einheitliche Regelung dieser für die Arbeiter außerordentlich wichtigen Frage herbeizuführen.

Von den Unternehmern wird seit Jahren versucht, den Nachweis für die Unschädlichkeit der Arbeit an heißen Betriebspunkten zu erbringen. Sie haben für diese Sache schon ein schönes Stück Geld geopfert.

Jetzt unternehmen sie einen neuen Vorstoß zum Zwecke der Festsetzung einer möglichst langen Arbeitszeit an heißen Betriebspunkten. Am 15. Juni 1923 fand in Halberstadt eine Tagung des deutschen Kalivereins statt. Zu derselben waren eine Anzahl Wissenschaftler und auch Bergbehördenvertreter als Gäste geladen. Auf dieser Tagung wurde der Gegenstand ausführlich behandelt. Es ist jedoch interessant, wie er dort behandelt wurde. Im Anschluß an ein Referat des Herrn Professor Dr. Rosenthal-Göttingen machte der Syndikus des Zechenverbandes in Essen, Berggraf Heinrich, u. a. folgende Ausführungen:

„Wir haben auf der Grube eine mehrstündige Unterhaltung mit dem „wissenschaftlich geschulten“ Betriebsrat gehabt, bis uns gestattet wurde, diese Versuche zu machen, allerdings unter der Voraussetzung, daß vom Betriebsrat zwei Mitglieder entsandt würden, die sich daran beteiligten. Aber weil wir die Leute dauernd mitgeschleppt und ihnen das Thermometer immer wieder angelehnt haben, ist ihnen scheinbar das Vergnügen vergangen (Seiterkeit), denn sie haben sich an weiteren Untersuchungen nicht beteiligt und wir haben sie allein machen müssen (Seiterkeit). Ich bin dabei vorsichtshalber auch nicht als Zechenverbandsvertreter und mit meinem wirklichen Namen hervorgetreten, sondern Herr Professor Bruns hat mich stets als Kollegen bezeichnet. Wenn es bekannt würde, daß ich als Mitglied der Geschäftsführung des Bergbaulichen Vereins die Versuche mitgemacht hätte, so wäre es mir wahrscheinlich ergangen wie dem Herrn, der mit der Stoppuhr in der Hand auf einer der Stinneschen Schächte eine planmäßige Betriebsüberwachung vornehmen wollte.“

Der Bericht verzeichnet an dieser Stelle lebhaften Beifall und Händeklatschen! Wir wissen nicht, ob die auf der Tagung des Kalivereins zahlreich anwesend gewesenen Ver-

treter der Bergbehörde zu diesen schnodderigen Bemerkungen mit „lebhaft“ applaudiert haben. Wir stellen jedoch die eine Tatsache fest: Herr Professor Dr. Bruns hat den Syndikus des Bergbaulichen Vereins in Essen bei den Untersuchungen den Arbeitern gegenüber für seinen Kollegen, also für einen medizinischen Fachmann, ausgegeben, d. h., man hat den Bergarbeitern bewußt die Unwahrheit gesagt. Es ist derselbe Herr Professor Bruns, welcher jetzt mit den Untersuchungen in Westfalen und in der Kalindustrie beauftragt worden ist. Das zur Vorgeschichte.

Inzwischen ist das ständige Drängen der Unternehmer nicht ohne Erfolg geblieben. Unsere Bezirksleitung in Halle wurde zu Beginn des Jahres von Herrn Oberberggraf Reineke vom Oberbergamt Halle von einer geplanten Aenderung des schon genannten § 146 der Halleischen Bergpolizeiordnung in Kenntnis gesetzt. Es wurde kurz mitgeteilt, daß das Oberbergamt beabsichtige, die Temperaturgrenze für die sechsstündige Arbeitszeit von 29 auf 30 Grad Celsius heraufzusetzen. Auf Einrede unseres Bezirksleiters erfolgte prompt die Antwort:

„Sie dürfen Einspruch dagegen erheben. Es hilft Ihnen jedoch nichts, die neue Bergpolizeiordnung mit der beabsichtigten Aenderung befindet sich bereits in Druck.“

Das ist so ungefähr die Art und Weise, wie heute von einigen Oberbergämtern über die Gesundheit der Arbeiter entschieden wird. Es ist uns nicht bekannt, ob die Bezirks-Grubensicherheitskommission des Oberbergamtsbezirks Halle zu dieser Frage Stellung genommen hat. Wie dem aber auch sei, wir sind der Auffassung, daß über diese Dinge noch an anderer Stelle gesprochen werden muß. **Tatsächlich ist die von Herrn Oberberggraf Reineke angetragene Verschlechterung in der uns im Druck vorliegenden neuen Bergpolizeiordnung enthalten!**

Die Tatsache, daß im Steinkohlen- und Kalibergbau Menschen bis zu 40 Grad Celsius und zum Teil sogar darüber schwer arbeiten müssen, besteht. Bedarf es überhaupt noch wissenschaftlicher Untersuchungen, um die Gesundheitschädlichkeit der schweren Bergarbeit bei Kohlen-, Gesteins- und Salztaub und bei oft undurchdringlichem Pulverqualm in so großer Hitze zu beweisen? Was sollen die Messungen mit dem Katathermometer? Nicht allein darauf kommt es an, ob die Luft trocken und bewegt ist, sondern die ungeheure Hitze ist es, welche an den Knochen und an den inneren Organen der Bergarbeiter zehrt, welche sie ausdörft, sie frühzeitig zum Invaliden werden läßt. Diese Tatsachen sind auch nicht mit Begriffsverwirrungen aus der Welt zu schaffen. Trotz Katathermometer werden die ungeheuer hohen Temperaturen auf einer Anzahl Steinkohlengruben und auf einer noch größeren Anzahl Kaligruben bestehen bleiben. Dem muß die Gesetzgebung Rechnung tragen, und zwar recht bald. Es geht nicht mehr länger, daß einzelnen reaktionären Oberbergämtern die Regelung dieser Frage übertragen bleibt. Die Willkür, mit welcher das Oberbergamt Halle die Bergpolizeiordnung zugunsten des Unternehmers abgeändert hat, ohne Rücksicht auf die Schäden der Bergarbeiter, ist der beste Beweis dafür, daß hier schnell, sehr schnell, Wandel geschaffen werden muß.

Wie die hohen amerikanischen Löhne erarbeitet werden müssen.

Unter diesem Titel läßt sich die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in Nr. 12 vom 14. Januar von den Schicksalen eines deutschen Studenten schreiben, der sich sein Studiengeld in Amerika verdient hat. Ob die Angaben überhaupt auf Wahrheit beruhen, läßt sich natürlich nicht nachprüfen. Der Student hat sich als Heizer auf dem Schiff anwerben lassen, ist ungelesen nach New York hineingekommen und hat dann mit Kartoffelschälern usw. angefangen, bis er in Pittsburgurher Hüttenbetrieben sehr viel verdient habe. Aber es herrsche dort ein sehr strenges Reglement. „Nicht 10, sondern meist 14 Stunden hätten sie in der Hochkonjunktur Herbst 1925, Anfang 1926 arbeiten müssen. Verglichen mit deutschen Verhältnissen müßten die amerikanischen Arbeiter wie Sklaven arbeiten. Man müßte mal deutsche Gewerkschaftsvertreter nach Amerika schicken, damit sie selbst einmal fühlten, unter welchen Umständen die hohen Löhne in Amerika verdient würden.“ So weit der angebliche Student, der *Ausnahmefälle* in den nungen als Regel hinstellt. In deutschen Walzwerken hat es

in den letzten Jahren auch oft Zeiten gegeben, wo die Arbeiter über die Zwölftundenarbeit hinaus gearbeitet haben. Daß das hüben wie drüben nur Ausnahmen sind, ergibt sich aus dem Zweischichtensystem, wobei nicht allgemein 14 Stunden gearbeitet werden kann. Auch in der deutschen Industrie gibt und gab es „Söllern“, in denen die Arbeiter wie Sklaven arbeiten müssen. Solche deutsche Betriebe hat aber unser Student nicht kennen gelernt und es wäre ihm zu empfehlen, mal in einem deutschen Betriebe zu erproben, unter welchen Umständen die erbärmlichen deutschen Löhne verdient werden müssen. Wir sind gern bereit, dem Studenten mit Angabe „empfehlenswerter“ Betriebe an die Hand zu gehen.

Deutsche Gewerkschaftsvertreter waren übrigens mehr wie einmal monatelang drüben, um sich ein Bild von der amerikanischen Arbeit zu machen. Zufälligerweise arbeiten zwei Söhne unserer Vorstehenden Hufemann und Waldhoffer drüben. Sie verdienen gut, klagen aber nicht über „Sklavenarbeit“. Ein uns bekannter

Preisauschreiben

für eine Vorrichtung zur Unschädlichmachung des bei der Bohrarbeit in Bergwerken unter Tage entstehenden Staubs

Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe schreibt gemeinsam mit der Reichsstaatsanwaltschaft der folgenden Wettbewerb für die Schaffung einer Vorrichtung zur Unschädlichmachung des bei der Bohrarbeit im Bergbau unter Tage entstehenden Staubes aus. An dem Wettbewerb kann sich jedermann beteiligen.

I. Bedingungen.

Die Vorrichtung zur Unschädlichmachung des Bohrstäubes muß

1. möglichst verhindern, daß der beim Bohren entstehende Staub in die Atmungswege der am Betriebspunkte tätigen Personen gelangt,
2. für den Grubenbetrieb unter Tage brauchbar sein.

II. Bewerbungen.

Für die Beteiligung an dem Wettbewerb sind einzureichen:

1. Die Vorrichtung selbst in wenigstens einer vollständigen, gebrauchsfähigen Ausführung. Sie darf lediglich mit einem Kennwort, dagegen nicht mit dem Namen des Bewerbers, dem Zeichen der Firma oder dergleichen versehen sein. Die für den Gebrauch der Vorrichtung etwa erforderlichen Ersatzteile oder Betriebsstoffe sind in genügender Menge mitzuliefern. Auch kann das Preisgericht erforderlichenfalls eine zweite Ausführung der Vorrichtung einfordern.

Falls ein Bewerber nicht in der Lage ist, eine Ausführung der Vorrichtung zu liefern, so genügt die Einreichung der Zeichnung und Beschreibung der Vorrichtung gemäß Ziffer 2. Zeichnung und Beschreibung müssen aber technisch und wissenschaftlich so durchgearbeitet sein, daß danach die praktische Ausführung der Vorrichtung ohne weiteres möglich ist.

2. Zeichnung und Beschreibung der Vorrichtung in doppelter Ausfertigung mit genauen Angaben über die Bauart, die verwendeten Baustoffe und die Abmessungen. Die Beschreibung muß auch nähere Angaben über die Wirkungsweise der Vorrichtung sowie über die Art ihrer Handhabung und Instandhaltung (Behandlungsvorschrift) enthalten. Die Schriftstücke müssen in deutscher Sprache abgefaßt sein. Zeichnung

und Beschreibung dürfen ebenfalls lediglich mit einem Kennwort, dagegen nicht mit dem Namen des Bewerbers, dem Zeichen der Firma oder dergleichen versehen sein; das Kennwort muß auf Zeichnung und Beschreibung das gleiche wie auf der Vorrichtung (Ziffer 1) sein.

3. Der genaue Name und die Wohnung des Bewerbers in einem versiegelten Briefumschlag, der auf der Außenseite das gleiche Kennwort trägt wie die Vorrichtung selbst. Außerdem ist außen auf dem Briefumschlag zu vermerken: „Betrifft Preisauschreiben für eine Vorrichtung zur Unschädlichmachung des Bohrstäubes.“

III. Ort und Zeit der Einreichung.

1. Die Vorrichtung (I, 1) sowie die Zeichnung und Beschreibung (I, 2) sind dem Herrn Bergrevierbeamten des Bergreviers Deutz-Ründeroth in Köln, Glodengasse 30, einzureichen. Der mit dem Kennwort versehene Briefumschlag (I, 3) ist an den Minister für Handel und Gewerbe, Grubensicherheitsamt, in Berlin W 9, Leipziger Str. 2, einzuliefern. Begleitschreiben sind zu unterlassen.

2. Letzter Zeitpunkt für die Einreichung der Bewerbungen ist der 31. Dezember 1928. Später eingehende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Die Öffnung der eingegangenen Bewerbungen findet erst an dem genannten Tage statt. Die Briefumschläge (I, 3) werden erst geöffnet, nachdem das Preisgericht über die Zuerkennung des Preises entschieden hat. Machen besondere Umstände es erforderlich, den Namen eines Bewerbers vor der Entscheidung des Preisgerichts festzustellen, so ist der Vorsitzende des Preisgerichts persönlich befugt, den Briefumschlag (I, 3) zu öffnen.

IV. Prüfung.

Die eingegangenen Vorrichtungen werden im Grubenbetrieb auf Brauchbarkeit erprobt werden. Soweit es für die Beurteilung erforderlich ist, werden sie auch in wissenschaftlichen Versuchsanstalten geprüft werden. Der Ort der Erprobung und der Prüfung behält sich das Preisgericht vor. Für die Abnutzung und Beschädigungen, welche die Vorrichtungen bei der Prüfung oder bei der Erprobung im Grubenbetrieb erleiden, wird Ersatz nicht geleistet.

V. Preis.

Für die Schaffung einer Vorrichtung, die den oben genannten Bedingungen genügt, wird ein Preis von 20 000 RM. (zwanzig-

tausend Reichsmark) ausgesetzt. Der Preis kann im ganzen oder, wenn mehrere brauchbare Lösungen eingereicht werden, in verschiedenen Teilen zuerkannt werden. Genügt keine der eingegangenen Bewerbungen den gestellten Bedingungen vollkommen, so können den Lösungen, die dem Ziel am nächsten kommen, Teilträge zugesprochen werden.

VI. Rückfragen.

Rückfragen über das Preisauschreiben sind an das Grubensicherheitsamt im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin W 9, Leipziger Straße 2, zu richten. Von dort kann auch diese Bekanntmachung bezogen werden.

Das Haus des Volkes.

Inmitten Thüringens, in einer landschaftlich hervorragenden schönen Gegend, liegt der kleine Ort Probstzella. Eingeschlossen von lieblichen, mit Tannenwäldern bedeckten Bergen, abseits vom jagenden Verkehr, träumt er den Dorfnärrschlaf. Seine rund 1800 Köpfe zählenden Einwohner jedoch sind zum größten Teil in den umliegenden Schieferbrüchen, zum anderen Teil in der darauf basierenden Industrie beschäftigt. Neben Dachschiefer sind es hauptsächlich Schiefer tafeln, die von hier aus, zum Teil durch Heimarbeit hergestellt, den Weg in die weite Welt antreten. Die ausschließlich mit Schiefer gedeckten Häuser sind ein Beweis dafür, daß wir uns im Schiefergebiet befinden, das einen großen Teil des deutschen Bedarfs an Dachschiefer deckt.

Probstzella liegt an der Eisenbahnstrecke Berlin-München, ist also von allen Seiten bequem zu erreichen. Vom Bahnhof aus bietet sich dem Reisenden zuerst das typische Bild eines kleinen thüringischen Landstädtchens. Um die hochragende Kirche blicken sich die schiefergedeckten Häuser. Durch das romantische Tal schlängelt sich ein Flüsschen, das auf seinem Lauf manches Rad dreht und den anliegenden Fabriken und Mühlen die notwendige Kraft liefert. Alles aber wird überragt und beherrscht durch den imposanten, 39 Meter hohen Monumentalbau „Haus des Volkes“, der der ganzen Gegend jetzt sein Gepräge aufdrückt.

deutscher Besucher der Fordfabriken erzählte uns von der Last der Arbeit am fliegenden Band. Er sah aber auch Arbeiter, die wie in irgend einem gemühtlichen alten deutschen Betrieb mit Meißel und Hammer Schrauben kürzten, die einen halben Zoll zu lang bestellt waren. Es gibt eben hüben wie drüben gemütliche, strenge und fast unerträgliche Arbeitsstellen.

Wir haben auch nie die schematische Uebertragung amerikanischer Taylor-Methoden auf Deutschland gutgeheißen, sind uns auch klar darüber, daß amerikanische Löhne angesichts der ganzen Verhältnisse höher bleiben werden als deutsche. Aber auf die Methode der Wirtschaftsführung kommt es an!

Wir haben in Deutschland ein Wirtschaftsministerium, das in Arbeitsmethode und in Rücksichtslosigkeit auch gegen Unternehmer einen Vergleich aushalten könnte mit dem amerikanischen Handelsamt. Dies beweist z. B. in einer Statistik den Aufschwung der Produktion von 1899 bis 1925 nach Steigerung der Arbeitskräfte um 35 Prozent, der Produktionsmenge um 144 Prozent, des Produktionswertes um 180 Prozent, der Produktionsergiebigkeit pro Arbeitskraft um 79 Prozent. Bei der Betrachtung, wie dieser Produktionsfortschritt zustande gekommen ist, legt das Handelsamt besonderes Gewicht auf die „menschlichen Erfolgsfaktoren“, zu denen besonders der systematische Ausbau des Volksschulungs- und Forschungswesens gehört.

In den letzten sechs Jahren wuchs die Produktion um 20 Prozent, auf den Kopf der Beschäftigten um 29 Prozent. In der Verarbeitungindustrie stieg die Erzeugung um 29,5, auf den Kopf

der Beschäftigten um 10 Prozent, während der Geldwert der Erzeugung nur ganz unwesentlich stieg. Der Fortschritt der Erzeugung hat also zur Kosten- und Preisverminderung geführt.

Bei uns hat man Rationalität und den Gewinn fast nur für die Unternehmungen benutzt, nicht zur Preisfestung und nicht zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer.

Was der Reparationsvertrag in seinem Bericht für 1926 an Deutschland tadelte, drückte kürzlich bei der Einweihung einer Handelshochschule Owen D. Young, der Vorsitzende der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft New York aus, indem er ausführte:

„Wir lernten, daß niedrige Arbeitslöhne nicht notwendigerweise hohe Gewinne für das Kapital bedeuten, daß steigende Löhne durchaus vereinbar sind mit sinkenden Preisen. Ebenso haben wir erfahren, daß die Produktivität der Arbeit nicht allein von der Dauer der Arbeitszeit abhängt... Es handelt sich nicht darum, wie lange Arbeiter ohne körperliche Erschöpfung arbeiten können, sondern darum, wie lange sie mit Sinecure arbeiten.“

Wenn die deutsche „Wirtschaftsführung“ nur, soweit die Verhältnisse das gestatten, nach dem amerikanischen System arbeiten wollten, wonach seit 1913 die Löhne von 100 auf 230, die Preise aber nur von 100 auf 153 gestiegen sind, so wäre das besser als die falschen und abwegigen Betrachtungen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung.“

Ueber die Not der nordenglischen Kohlegruben

brachte die „Frankfurter Zeitung“ kürzlich folgende interessante Schilderung:

Im nördlichsten Teile Englands, eine Stunde, bevor der D-Bug über die schottische Grenze jagt, liegen die Grafschaften Durham, Northumberland und Cumberland, die zusammen etwa ein Fünftel des Kohlenbergbaues von England und Wales enthalten, in denen aber zwei Drittel aller beschäftigten englischen Bergarbeiter seit Jahr und Tag einer aussichtslosen Zukunft entgegenleben. Besonders werden die Kohlenfelder von Durham hiervon betroffen. Dortige Grubenbesitzer glauben nicht, daß sich in absehbarer Zeit hier etwas bessern kann. Die veralteten Grubenanlagen müßten von Grund auf umgestaltet werden, um einigermaßen rentabel zu sein. Da auch die modernen Bergwerke sich nur mit knapper Not halten können und trotz des Stilllegens vieler Gruben der Nachfrage gegenüber von keiner Unterproduktion die Rede sein kann, so wird wohl manches der schon jetzt verödeten Bergwerke nie wieder in Gang kommen. Aber die Menschen, die hier arbeiteten, sind noch alle da.

Vor drei Jahren waren in den Kohlerevieren von Durham etwa 172 000 Bergleute beschäftigt; seit dem Herbst 1927 sind etwa 50 000 von ihnen permanent ohne Arbeit. Es gibt Dörfer, in denen sämtliche Bergarbeiterfamilien nur von Unterstützungsgeldern leben und einzelne qualifizierte Arbeiter seit zwei oder drei Jahren keine Beschäftigung mehr haben. Den älteren Leuten wird keine Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt, sie sind auf das spärliche Almosen angewiesen, das wiederum von den Gemeinden aufgebracht werden muß. Im „New Statesman“ wird ein solches typisches Bergarbeiterdorf in Durham beschrieben. Die Hauptstraße ist ein breiter ungepflasterter Weg schwarzer Erde, voller Löcher und Unebenheiten, überfüllt mit Abfällen und alten Blechbüchsen. Auf einer Straßenseite liegen einige Läden und Wohnhäuser, gegenüber die Rückseiten der alten Arbeiterhäuser, die mit der Fensterfront in den schwarzen Bergwerkssof sehen. Sie sind Eigentum der Bergwerksgesellschaften und gehören offenbar einer Bauzeit an, als die Industrialisierung noch auf unterster Stufe stand. Vor Jahren schon begann man diese Häuser, die als unbillige Wohnstätten galten, zu räumen; heute kimmert sich natürlich niemand um eine Verbesserung der Unterkünfte. Als Miete werden für die dreiräumigen Häuser 1,5 Schilling vom Lohn oder Unterstützungsgeld abgezogen. Das Arbeitslosengeld beträgt 23 Schilling für Mann und Ehefrau und 2 Schilling für jedes Kind. Während des Streikjahres sind die Familien völlig heruntergekommen: Ersparnisse aufgezehrt, Habseligkeiten verkauft, Kleider abgetragen und die Schulden, zumeist bei den Lebensmittel-Stores, die von der Cooperative-Society eingerichtet sind, vermehrt. Selbst wo die Bergleute regelrechte Beschäftigung haben, beträgt der Lohn jezt weniger als das anerkannte Existenzminimum. Gruppen von arbeitslosen Männern und Frauen stehen auf den Straßen umher, abgezehrt und passiv, wenn auch mit jenem den englischen Arbeiter auszeichnenden Ausdruck des besonnenen Selbstrespekts, der den Fremden oft in Erstaunen setzt. Uebrigens trifft man die Leute zumeist in gefärbter Kleidung, gepuften Schuhen, gewaschen und rasiert, an.

Man hat vielfach den Versuch gemacht, vor allem jüngere Bergarbeiter nach Kanada und Australien zu verpflanzen, doch sollen sich diese Leute nicht an die landwirtschaftliche Arbeit gewöhnen können, und an Landarbeitern, nicht an Industriearbeitern mangelt es in den beiden bevölkerungsarmen Dominionen. Eine Auswanderung aus den stillgelegten Kohlenbezirken in großen Maße noch nirgends vorgenommen. Uebrigens ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß gerade die nordöstlichen Kohlenbezirke Englands in erster Linie unter der polnischen Konkurrenz leiden, da die besten und modernisierten deutschen Bergwerke Oberschlesiens an Polen fielen und nun, infolge der niedrigen polnischen Löhne und staatlich subsidierten billigen Frachttarifen nach Danzig, gute Qualitätskohle zu Preisen auf dem nordeuropäischen Markt angeboten wird, mit denen die englischen Firmen nicht konkurrieren können.

Ein englisches Experiment.

Wir berichteten feinerzeit über die grundsätzliche Bereitschaft des englischen Gewerkschaftskongresses, gemeinsam mit den Unternehmern an der Rationalisierung der englischen Industrie zu arbeiten. In Nr. 17 des letzten Jahres berichteten wir über die Methoden der Zusammenarbeit, wie der Chemische Industrielle M o n b sie sich denkt. Die Debatte über diese Fragen hat zu einer ersten Konferenz zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern geführt, die am 12. Januar in London stattfand. Der ausgegebene Bericht lautet:

Sir Alfred Mond, der den Vorsitz führte, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, die Gewerkschaftsführer zu einer freundschaftlichen Konferenz mit den Unternehmern zusammenzubringen. Er hob hervor, daß die Einladung zu dieser Konferenz von den Unternehmern als individuelle und nicht als eine von Vertretern von Industriekörperschaften erfolgt sei, nicht von dem einseitigen Standpunkt eines Verbandes, sondern allgemein auf Grund der Erfahrungen der in ihr vertretenen Industriekörper. Die Unternehmer seien sich der Vorteile, mit organisierten Gewerkschaften zu arbeiten, bewußt und möchten keinesfalls die Entwicklung der Arbeiterbewegung stören, sondern aufbauend helfen, erwarteten aber auf der anderen Seite, daß die Arbeiter in derselben Weise bemüht sein werden, den Unternehmern zu helfen, Schwierigkeiten zu überwinden.

Es sei nicht die Aufgabe der heutigen Zusammenkunft, die Lage der einzelnen Industrien in Einzelheiten zu besprechen, sondern Richtlinien, Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebern zu finden. Die durchgreifende Umwandlung der gesamten Industrie, wie sie in den letzten Jahren zur Notwendigkeit geworden ist, habe es erfordert, daß eine bessere Organisation durch Zusammenschlüsse, Rationalisierung und Einführung neuer Prozesse sowohl für die technischen als auch für die Verwaltungsbetriebe für die Zukunft forciert werden muß. Auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles sei die Zusammenarbeit von Angestellten, Arbeitern und Unternehmern unbedingt notwendig. Mond trat dafür ein, daß durch eine Erweiterung der sozialen Gebiete, auf dem Wege der Erziehung, der Ausbildung der Arbeiter, sowie durch Ausbau der Versicherungs- und Pensionsfonds ein besserer Ausgleich als bisher geschaffen werden müsse. Ferner müßten die Sicherheitsmaßregeln in den einzelnen Fabriken verbessert werden. Die Auffassung, daß der Arbeiter in der Fabrik weniger wert sei als der Angestellte im Bureau, müsse verschwinden. Durch Arbeiterausbildung müßte es überall möglich gemacht werden, ersinkende Schwierigkeiten auszugleichen. Sir Mond setzte sich für das von ihm wiederholt verteidigte System einer Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft ein und erklärte, daß die aufgeworfenen Probleme zwar schwierig, aber keineswegs un-

lösbar seien. Durch guten Willen auf beiden Seiten müsse es möglich sein, die erforderliche Zusammenarbeit in der Weise zu erzielen, daß sie allen Teilnehmern zum Vorteil gereiche, um die englische Industrie, die durch Generationen hindurch an führender Stelle in der Welt stand, wieder auf den ihr gebührenden Platz zu stellen.

Kameraden!

Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die



fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses, Sir Robert Horne, antwortete Sir Alfred Mond und erklärte, daß der Gewerkschaftsrat zuerst Schwierigkeiten habe überwinden müssen, um sich zu einer Beteiligung an der Konferenz zu entscheiden. Diese Schwierigkeiten hätten darin bestanden, daß die Gewerkschaftsbewegung auf dem Prinzip der Organisationen aufgebaut sei und daß ihre Interessen nicht von Einzelnen, sondern von Organisationen wahrgenommen werden könnten, daß die Gewerkschaften aber doch gewillt seien, eine Einigung soweit wie möglich zu erzielen. Er hob hervor, daß den Gewerkschaften keine Garantie dafür gegeben sei, daß von den Industriellen die Wege eingeschlagen werden, die auf dieser Konferenz vorgeschlagen werden. Er hoffe aber, daß die Arbeitgeber sich in diesen Punkten genau festlegen würden. Sir Robert Horne betonte am Schluß seiner Rede, daß sowohl Arbeitgeber wie Vertreter der Arbeitnehmer an dieser Konferenz teilzunehmen, ohne die von ihnen als fundamental betrachteten Prinzipien aufzugeben und ohne sich im voraus irgendwie festzulegen.

Nachdem Mond sowie Horne die Vorrechte der beiden Seiten auseinandergesetzt hatten, kamen sie zu der Schlussfolgerung, daß eine Zusammenarbeit im Interesse der Reorganisation der Industrie durchaus notwendig sei.

Nach einer allgemeinen Diskussion der Rede Alfred Mond's gaben die Arbeitgeber bekannt, daß sie ein Komitee, bestehend aus Arbeitgebern, ernannt haben. Der Generalkonferenz des Gewerkschaftskongresses hat sich noch nicht über die Ernennung eines Komitees entschieden.

Betriebsratswahlen!

stattsfinden. Dieselben erfordern eine genaue und sorgfältige Vorbereitung.

Nach einer Verständigung unter den in Frage kommenden Organisationen werden die diesjährigen Betriebsratswahlen im Bergbau in der Zeit vom 28. bis 30. März

Das Haus des Volkes verdankt seine Entstehung dem Terror der Böllischen um Dinter und Genossen, die durch offene Boykottandrohung Partei und Gewerkschaften die Lokale abjagten und dadurch jede Versammlungstätigkeit unmöglich machten, also der Kraft, die das Böse will, jedoch das Gute schafft. Partei und Gewerkschaften mußten zu dieser unerträglichen Lage Stellung nehmen. Sie faßten den Beschluß, geeignete Versammlungsräume anzukaufen bzw. neu zu bauen.

Die im Zusammenhang hiermit aufgenommenen Verhandlungen mit dem bisherigen Besitzer des Hotels Probstzella führten zum Ankauf des Hotels im Juli 1924. Da aber die vorhandenen Räume bei weitem nicht ausreichten, wurden Grundstücke hinzugekauft, so daß im März 1925 mit den Vorarbeiten zum Bau des Volkshauses begonnen werden konnte.

Die Schwierigkeiten, die sich dem Plane entgegenstimmten, waren nicht gering. Um Platz für die Fundamente zu schaffen, mußten beispielsweise allein rund 6000 Tonnen Felsen gesprengt und auf Lastautos weggeschafft werden. Dazu waren über 2000 Fahrten notwendig. Aber alle diese Schwierigkeiten wurden überwunden, so daß schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Mauern aus dem Boden wuchsen.

Die Baupläne wurden vom Bauhaus Weimar entworfen. Die kurzfristige und allem Neuen feindliche Thüringer „Ordnungsregierung“ machte aber dem Bauhaus beratige Schwierigkeiten, daß es dessen Leitung vorzog, nach Dessau zu überfiedeln. Der Bau des Volkshauses erlitt hierdurch jedoch keine Unterbrechung. Schon am 30. April 1927 konnte es seiner Bestimmung übergeben werden unter dem Weispruch:

Zur Förderung neuen Geistes schuf dich, Haus des Volkes, zäher Wille, Allen Widerständen zum Trotz.

Auf der Reichskonferenz unseres Verbandes in München 1927 wurde beschloffen, im Hinblick auf die geänderte Sozialgesetzgebung in der Frage der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsgerichtsgefes einen Kursus für Verbandsfunktionäre abzuhalten. Die Wahl des Kursortes fiel auf Probstzella. Der Kursus dauerte vom 11. bis zum 18. Dezember 1927. Er fand im Haus des Volkes statt. Ueber Unterkunft, Verpflegung und Einrichtung des Hauses gab es bei den Teilnehmern nur eine Stimme des Lobes.

Der Erbauer und Protektor des Hauses, Genosse Franz Zitting (Probstzella), stellte sich bei der Beschäftigung lebenswürdigerweise als Führer zur Verfügung. Unter seiner sachkundigen Führung wurden sämtliche Räume befestigt. Der Eingang wurde mit der Küche gemacht, ein wahres Schmuckstück und eine Augenweide für jede Hausfrau. Es wird nur elektrisch gefoch, geschmort und gebraten. Eine eigene Bäckerei, gleichfalls elektrisch beheizt, deckt den Bedarf an täglichem Brot, Kuchen und Brötchen. Kühl- und Eismaschinen halten die hergestellten Erzeugnisse frisch. Demselben Zweck dient ein Kühlkeller, der in den Schieferfelsen hineingesprengt ist und den Anfein eines Querschlages erweckt. Kochendes Wasser von 100 Grad für die Küche und 50 Grad heißes für Beheizung der Fremdenzimmer liefert das Kraftwerk des Genossen Zitting durch Fernheizung. Daß auf jedem Fremdenzimmer fließendes heißes und kaltes Wasser zur Verfügung steht, ist auf Grund der vorhandenen Anlagen eine Selbstverständlichkeit. Weiter muß hervorgehoben werden, daß statt einfacher, überall Doppelfenster vorhanden sind, daß sich auf jedem Zimmer ein Telefon befindet und die einzelnen Etagen mittels Fahrstuhl leicht und bequem zu erreichen sind.

Zur Unterhaltung der Gäste und gleichzeitigen Uebermittlung der neuesten Tagesereignisse dient eine aufs modernste eingerichtete Radioanlage mit zehn Lautsprechern. Letztere besitzen eine fünf-hundertfache Verstärkung. Die ganze Anlage kostet rund 7000 M.

Den Clou des ganzen Hauses bildet der große Saal mit einer Bühne, um die das kleine Probstzella manche Großstadt beneiden kann. Von der Bühne herab grüßt in großen Lettern der Spruch: Freudig lebe — aufwärts strebe.

Der Saal faßt rund 1000 Personen, die Bühne nochmals 400, haben doch vor noch nicht langer Zeit 350 Arbeiterlänger von der Bühne herab ein Konzert gegeben. Die Bühnenbeleuchtung allein erforderte einen Kostenaufwand von 24 000 M. In dem großen Saale finden die Vorstellungen der Volkshöhe statt, zu denen die Reichsbahnndirektion jedesmal zwei Sonderzüge zur Verfügung stellt. Dadurch wird auch den Einwohnern der umliegenden kleinen Orte Gelegenheit geboten, echte Kunst zu hören. Von dieser Gelegenheit wird erfreulicherweise reger Gebrauch gemacht, so daß die bisher stattgefundenen Vorstellungen sehr gut besucht waren. Während der Bauzeit können im Theaterrestaurant Er-

frischungen eingenommen werden. Von Zeit zu Zeit finden Kinovorstellungen statt, zu denen ein eigener großer Projektionsapparat zur Verfügung steht.

Neben dem großen Saal gibt es noch Vereinszimmer, Lesezimmer mit einer Bibliothek von vorläufig 500 Bänden, zwei Regalbahnen, die als Neuerung Wälle aus Hartgummi aufweisen, Billardzimmer usw., so daß sich jeder nach seiner Veranlagung unterhalten kann.

Daß sich innerhalb des Hauses eine eigene Wäscherei befindet, ist nach allem Vorhergesagten eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Daß sie mit den neuesten und modernsten Maschinen ausgestattet ist, liegt auf derselben Linie. Erwähnenswert ist ferner die moderne, zum größten Teil nach eigenen Entwürfen hergestellte Beleuchtung und die vorhandenen Bademöglichkeiten. Ein Teil der Fremdenzimmer hat eigene Badeeinrichtungen. Für die übrigen Gäste stehen Wannen- und Brausebäder sowie elektrische und Dampfäder zur Verfügung. Nach dem Bade können die Dienste eines Masseurs oder einer Masseuse in Anspruch genommen werden. Gleichfalls können Lichtäder oder eine Befragung durch künstliche Höhenjonne vorgenommen werden.

Alle Vorteile und Neuerungen des Hauses aufzuzählen würde zu weit führen. Aber das eine steht fest: Es gibt in Deutschland unbefreitbar einige größere Volkshäuser als in Probstzella; aber moderner und schöner eingerichtet und landschaftlich reizender gelegen ist keins. Da aber Stillstand Rückschritt bedeutet, ist geplant, im laufenden Jahre ein Logierhaus für weitere hundert Betten zu bauen sowie einen Sportplatz mit Turnhalle und Schwimmbahn neu anzulegen und dem Volkshaus anzugliedern.

Die gesamten Anlagen, die einen Wert von weit über einer Million Mark repräsentieren, hat der Erbauer des Hauses, der Genosse Zitting, der republikanischen Bevölkerung Probstzellas und darüber hinaus ganz Deutschlands zum Geschenk gemacht. Er hat damit der arbeitenden Bevölkerung einen Platz der Erholung geschaffen und gleichzeitig den Weg gewiesen, wie und wo sie nach des Tages Last und Mühe und darüber hinaus während der Ferientage sich erholen kann. Möchte kein Arbeiter, der während der Ferientage durch Thüringen wandert, an den Forsten der neuen Geistesburg vorübergehen. Dadurch drückt er dem hochberzigen Spender am besten den Dank aus für seine Gabe. F. R.

Haus und Leben

Im Dienste der Gewerkschaften.

Der Journalist während des Arbeitskonflikts.
Die Daseinsberechtigung der Gewerkschaftsdiplomatie.
Die Faktoren des Sieges.

Von einem Journalisten.

Spannend sind in der Regel die ersten Kapitel des modernen Sensationsromans.

Spannender als sie müßte sich eine Abhandlung lesen, die das Leben des modernen Journalisten im Arbeitskonflikt zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum schildert. Leider dürfte sie ungeschrieben bleiben, denn einmal ist gerade dieser Teil der journalistischen Tätigkeit äußerst delikater und verträglichler Natur, zum andern will es das Verhängnis, daß sie nur solange spannen und im Sinne des durchschnittlichen Zeitungslesers ist, als sie noch nicht „historisch“ wirkt, was in unserer schnelllebigen Zeit vermehrt wenig bedeutet.

Niemand erzählt auf diese Weise von dem Leben des Journalisten, der Meldungen „macht“, von ihnen lebt und daneben auch noch verliert, seine und seiner gewerkschaftlichen Freunde politische Meinung zum Siege zu führen. Jenen Gewerkschaftsführern, denen die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Interesse der von ihnen vertretenen Meinung obliegt, geht es übrigens ähnlich.

Zumeist beginnt die Affäre höchst belanglos. Eines Tages veröffentlicht die Presse die gewöhnlich einschütternde Nachricht, daß der Lohn für irgend eine Berufsgruppe in wenigen Monaten abläuft, daß davon mehrere Zehnt- oder Hunderttausend Arbeiter betroffen werden und auch die Arbeitszeitfrage erneut in den Vordergrund rückt...

„Na, wenn schon...“, sagt der brave Zeitungsleser, legt das Blatt fort und — vergißt! Zumal, wenn der sich leise ankündigende Konflikt ihn nicht unmittelbar berührt.

Der Ahnungslose weiß nicht, daß ihm hier die ersten Schlingen gelegt worden sind, in denen er schon kurze Zeit später unlösbar verstrickt sein wird. Denn diese verächtlich beiseite geschobene Zeitungsmeldung hatte bereits ihre Geschichte: sie war, noch ehe sie erschien, Gegenstand eingehender Erörterung gewesen; jedes Komma, jeder Punkt, sogar die Minute ihrer Veröffentlichung waren wohlüberlegt. Vielleicht bestand sie aus nur fünf Zeilen — diese aber wogen eine stundenlange Beratung.

Der Journalist läßt sie fliegen: dahin, dorthin, in dieses und in jenes Blatt; schließlich findet sie Aufnahme und Verbreitung durch die großen Telegraphenbureaus, gelangt in die Räume des Unternehmerragers, wo man sofort aufmerksam wird: „Achtung! — es geht los!“

Das übrigens ist stets die erste zu beantwortende Frage: Wer beginnt? Denn nicht immer ist es klug, den Kampf zu eröffnen. Vor viele scheinbare Nebensächlichkeiten wollen dabei beachtet sein...

Einige Tage später steht irgendwo eine Abhandlung über die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in eben jener Berufsgruppe zu lesen, natürlich inmitten der Zeitung und ohne die üblichen großen Ueberschriften. Noch ist der Konfliktstoff „nicht aktuell“, weshalb es unseren Zeitungsleser auch nicht sonderlich aufregt. Daß hier vielleicht der Versuch vorliegen könnte, die Gegenstände zu einer Widerlegung zu zwingen, daran denkt er nicht. Wohl aber weiß dies die Gegenseite, die je nach den Umständen verschieden reagieren wird. Schweigt sie sich aus, dann muß das Geschloß verhängt werden, die Basis der Auseinandersetzung erweitert sich, meistens mit Erfolg.

Wenn dann endlich die erste Erwiderung vorliegt, beginnt jenes bekannte Geplänkel, das den Kundigen den ganzen Ernst der kommenden Schlacht ahnen läßt. Sogar unser obiger „braver“ Zeitungleser inkulturiert unwillig, daß ein Gewitter im Anzuge ist und er beginnt sich zu fragen, was denn eigentlich mit den

Meldungen bezweckt sei: Man weiß ja nicht einmal, ob und von welcher Seite dieser verwilligte Tarifvertrag überhaupt gekündigt werden wird.

Diese Unkenntnis, in der er noch eine ganze Weile gelassen wird, hat ihren guten Grund, denn wer bisher in der Presse sprach, waren nicht die Gewerkschaftsführer, oder die Unternehmersonorganisationen, sondern Journalisten, von denen niemand etwas weiß, die niemand kennt — unverantwortliche Burschen sozusagen, könnte man meinen. Die Wirklichkeit steht freilich auch hier anders aus. Meistlich wie die erste Meldung waren auch die späteren lediglich Ergebnis eingehender gemeinschaftlicher Aussprache. Wehe, wer hier und in diesen Augenblicken nicht Disziplin zu wahren weiß; wehe auch, wenn ein Unbefugter dazwischen fährt und durch unbedachte Äußerungen das ganze taktische Gebäude ins Wanken bringt! Das Unheil kann groß sein und eine wochenlange Vorarbeit in Frage stellen.

Seit dem offenen Ausbruch der Pressekampagne ist der meldungsmachende, artikelschreibende Journalist in seinem ureigensten Element. Seine Verbindungen reichen weit, seine Informationen fließen aus vielen Quellen, und wenn er auch niemals völlig sagt, was er weiß, so zwingt er doch selbst die widerwilligste Redaktion, von dem, was er und seine Freunde für nötig halten, Notiz zu nehmen. Meldungen und Gegenmeldungen werden lebhafter, zahlreicher, heftiger. Bis daß eines Tages er selber in den Hintergrund tritt, weil nunmehr die handelnde Masse aktiv eingreift. Die Kündigung des alten Tarifvertrages erfolgt, die Forderungen für den neuen werden proklamiert — der zweite Akt des Konflikts wird feierlich eingeleitet.

Der entscheidende Schritt durfte erfolgen, weil die breiteste Deutlichkeit ihn geradezu forderte und auf die nun kommenden Folgen genügend vorbereitet ist.

Dat irgendwer eine Ahnung, wieviel Kraftaufwand, wieviel Nervensubstanz bereits verbraucht worden ist? Nur die Wenigen, die die „Diplomatie“ ausmachen, wissen um das Quantum der Arbeit, das bisher vertan wurde. Man hat, besonders von kommunistischer Seite her, oftmals über die Gewerkschaftsdiplomatie gespöttelt. Sehr zu Unrecht. Nur ein unbeschränkter Narr erkennt nicht, wie sehr sich das Wesen der Arbeitskämpfe im letzten Menschenalter gewandelt hat. Wo früher ein paar Hundert, günstigenfalls ein paar Tausend Arbeiter im Kampfe standen, sind es heute in der Regel Hunderttausende. Nicht mehr in Unternehmer, sondern das unpersonliche, wohlorganisierte Kapital steht ihnen gegenüber. Und nicht mehr ist es möglich, irgendwelche berufliche Arbeitskämpfe direkt oder indirekt auf den Beruf zu beschränken und sie allein durch die Kraft der örtlichen Organisation zu beenden. Die Verbundenheit der Wirtschaft drückt sich in einer Verbundenheit der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen für alle Arbeiter aus. Die Lohnbewegungen der Bergarbeiter finden das lebhafteste Interesse der Metall- und Fabrikarbeiter, Bauhandwerker und der übrigen Berufskategorien — und umgekehrt. Allgemein gesprochen: jede moderne Lohnbewegung ist heute eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft, wie sie eine Angelegenheit des gesamten Unternehmertums ist. Von ihrem Ausgang abhängig ist zugleich der Ausgang vieler anderer Lohnkämpfe.

Ist dies in dessen der Fall, und niemand wird es zu bestreiten wagen, so ergibt sich daraus von selbst, daß die Faktoren für die Voraussetzung des Sieges zahlreiche geworden sind, daß vor allem die ungeheure Bedeutung des Urteils der öffentlichen Meinung für jeden Arbeitskampf gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Ein „unpopulärer Streik“ ist von vornherein gefährdet, auch wenn er noch so tapfer durchgeführt wird; eine Ausperrung ist trotz aller materiellen Unternehmerrmacht verpöndelt, wenn die Stimme des Volkes sie ablehnt. Wei-

spiele für die Wichtigkeit dieser Behauptung aus der letzten Vergangenheit ließen sich eine ganze Anzahl anführen.

Aus dieser Tatsache darf die Gewerkschaftsdiplomatie ihre Daseinsberechtigung herleiten, aus dieser Tatsache allein erklärt sich auch der ungeheure beiderseitige Kraftaufwand, die öffentliche Meinung für die eigene Sache zu gewinnen. Neben den gefüllten Rassen und den geschlossensten Bataillonen entscheiden im modernen Arbeitskämpfe die besten Argumente, Zahlen, Ziffern — die öffentliche Meinung!

Nunmehr hat der Tagesjournalist die Probe auf seine Tüchtigkeit und seine Vertrauenswürdigkeit abzulegen. Vollgeprobt mit Informationen von hüben und drüben wird er sich weigern müssen, wo die Gefahr einer Schädigung der gemeinsamen Sache zu befürchten steht. Die Erfahrung lehrte ihn, daß ein einziger falscher Stoß ihm die Waffe des Gegners unbarmherzig in die Parade fahren läßt. Er wird um so lauter reden, wenn der Gegner aus seiner Reserve heraustritt und die längst erhofften Dummheiten begeht, wie das beispielsweise seinerzeit der Fall war, als Hugo Stinnes in Anna zum Husarenritt aufforderte, oder kürzlich erst, als während des westdeutschen Metallarbeiterkonflikts die Trusttönnige mit der Stilllegung der Betriebe drohten. Seine Artikel werden jetzt lebendiger, das Beweismaterial umfangreicher, ein Haufen von Ziffern und Zahlen, eine Flut von Argumenten überwältigen den Zeitungsleser; hier „macht“ er eine offizielle, dort eine neutrale, an anderer Stelle eine Versuchsmeldung — er, der Hansbamb in allen Gassen, von dem keiner spricht und der doch überall dabei ist!

Während die Gewerkschaftsführer bereits mit den Unternehmern verhandeln, die Schlichtungsinstanzen die Vermittlung übernehmen und einen Schiedsspruch vorbereiten, tobt der Pressekampf mit womöglich gesteigerter Heftigkeit fort. Das Leben des Journalisten spielt sich ab zwischen Beratungskammern, Funktionärkonferenzen, Telefon und Redaktion. Mag er auch noch so „abgebrüht“ sein — in diesem, dem dritten Akt des Konflikts, steht er nicht mehr „über der Sache“. Wie ein wirklicher Schauspieler seine Rolle erlebt, fühlt er sich nur noch als Maurer oder Zimmermann, Metall- oder Bergarbeiter, Angestellter oder Arbeiter der Kommune, Fabrikarbeiter oder Textilarbeiter — ihre Sache ist seine Sache, ihre Niederlage seine Niederlage, ihr Sieg sein Sieg!

Meist endet ja mit dem dritten Akt, dem Schiedsspruch, das Ringen. Kommt es jedoch zum Streik, dann haben sich seine Kräfte zu verdoppeln. Hilfskräfte mannigfacher Art werden mobilisiert, an Schlaf denkt er so wenig, wie der ihm längst zum Freunde gewordene Streikführer, der von einer Sitzung zur anderen, von einer Versammlung in die andere rast.

Noch immer aber kennt ihn niemand, wird ihn niemals jemand kennen. Er ist der Schatten der anderen. Lediglich das Gefühl eigener Befriedigung nach vollbrachtem Werk ist die Entschädigung für seine Arbeit und Mühe.

Manchmal kommt es wohl vor, daß die Gewerkschaftsleitung ihm nachher ebenso freudig dankt wie er während des Kampfes für sie und die von ihr vertretene Arbeiterschaft eintrat. Aber während für diese jetzt das Leben der zweckbewußten organisatorischen Arbeit beginnt, rast er weiter, tastet er die gesellschaftlichen Zustände nach einem neuen Konfliktstoff ab und schüttelt sich froh wie ein Schlachtopfer beim Schall der Kriegsdrommeten, so er einen entbedet...

Dann mag es wohl passieren, daß eines Tages die Presse die „höchst belanglose“ Meldung veröffentlicht, daß der Lohn für irgend eine Berufsgruppe in wenigen Monaten abläuft, über welche Tatsache indes der brave, aber ahnungslose Zeitungleser mit einem gleichgültigen „Na, wenn schon...“ hinweggeht. — — — das Spiel beginnt von neuem! K. W.

Das Schalltagskind.

Aus dem Buchmanuskript „Vom glücklichen Stern.“ — Von Karl Danz.

Der alte Musikmeister Antonius hat an vielen Geburtstagsfeiern seiner kleinen Freunde teilgenommen. Er hat getastet, wo es Schokolade und Torten im Ueberflus gab, hat Geschenktische gesehen, die so vollgepackt waren wie ein kleiner Spielzeugladen. Er hat es sogar erlebt, daß man zum Geburtstag eines Flaschenkindes Verwandte und Bekannte von weit und breit eingeladen und eine große Gasterei mit Musik und Tanz dabei veranstaltet hatte. Aber auch in kleinen Häusern und an weniger vollen Tischen ist er gewesen, wo die Geschenke bescheidener ausfielen, der Spaß aber um so größer war. Dat auch lustige Verkleidungen und Ständchen zu frühen Morgenstunden mitgemacht. Wenn man ihn aber fragt, welche der allen Feiern ihm am besten gefallen habe, dann sagt er: Der Geburtstag Reinhardts, des Schalltagskindes. Er hat ihn eigentlich nicht miterlebt, kennt ihn nur vom Hörensagen, aber bei der kleinen Nachfeier am folgenden Tage hat er alles erfahren. Reinhard war eins von den seltenen Kindern, die im Schalltag, am 29. Februar, geboren werden, und die darum ihren Geburtstag nur alle vier Jahre gewahrt werden. Die meisten Kinder geben sich allerdings nicht damit zufrieden und bestehen jedes Jahr auf ihrer Feier wie andere Kinder, und es ist ihnen gleich, ob ihnen der Tisch einen Tag vorher oder einen Tag nachher gedeckt wird.

Bei Reinhard aber lag die Sache anders. Die Mutter war eine abgeraderte, wortkarge Botenfrau, die seit dem Tode ihres Mannes so wunderbar geworden war, daß die Leute sie für geistig hielten. Das war sie nun wohl nicht; sie lieferte die geschnittenen Spielwaren der Dorfleute regelmäßig und pünktlich ab und besorgte auch ihren kleinen Hauskalt schlecht und recht. Aber an die kleinen Jahresfeste im Leben, an ihren und Reinhardts Geburtstag, dachte sie nie; sie hätte auch kein Geld gehabt, irgend-

ein Geschenk dafür anzuschaffen, und war froh, wenn sie ohne Schulden durch die schwere Zeit kam.

Reinhard hatte sich mit der Ungerechtigkeit seines Schicksals abgefunden, sowenig er auch mit seinen sieben Jahren den eigentlichen Grund einsehen konnte. Wenn er zum Weihnachtsfest vom Krämer des Dorfes den Kalender fürs neue Jahr als übliches Geschenk bekam, dann war es das erste, daß er den zweiten Monat untersuchte, ob er vielleicht diesmal den Fettel mit der 29 aufwies. Da er mit fünf Jahren schon die Zahlen weg hatte, so gab es bis zu seinem siebenten Lebensjahr eine mehrfache Enttäuschung. Um so größer war dann die Freude, als der nächste Kalender ihm tatsächlich einen Extrafettel als Geburtstag beiferte.

Er suchte seine Stummel von Farbstiften zusammen und malte diesen Fettel so bunt an, daß er sogar den Sonntag überstrahlte. Diesmal konnte die Mutter ihn nicht übersehen, nicht gedankenlos abreißen und fortwerfen, diesmal mußte ihm ein Geschenkisch gebedt werden, der in Anbetracht der vierjährigen Wartezeit besonders reichlich ausfallen durfte.

Reinhard veräumte nicht, gelegentlich kleine Anspielungen fallen zu lassen. Was andere, die alle Jahre beifert werden, zum heurigen Geburtstag alles bekamen, daß er, der Reinhard, noch niemals gefeiert hätte — denn von vierjährigen Kindern würde doch kein Aufhebens gemacht — und ähnliches mehr. Die Mutter jagte dann wohl, wenn sie überhaupt darauf hörte, und einmal sagte sie zu ihm: Du kannst eigentlich von Glück sagen, Junge, daß du mit deinem Geburtstag nur alle vier Jahre auf die Rechnung kommst.

Dabei hatte sie ihm liebevoll über das Haar gestrichen und ihn so gut angesehen wie lange nicht. Reinhard hatte lange über diese Worte nachgedacht; und nun wurde ihm vieles klar. Er sah, wie die Mutter rechnete und rechnete, merkte, daß der Verdienst schlecht war, daß die Fabriken oftmals auch fehlerfreie Sachen nicht abnahmen; er mußte nun auch den Grund, weswegen er jetzt häufiger kein Geld zum Einkaufen mitbekam und statt dessen „anzuschreiben“ bestellen mußte.

Nun kämpfte der Junge einen schweren Kampf. Die Sehnsucht nach dem ersten Geburtstag seines Lebens war übermächtig in ihm. Zwei Tage waren es bloß noch, daß der bunte Fettel beim Abreißen zum Vorschein kommen mußte. Aber das fühlte er gleichzeitig: Seine Freude war der Mutter Leid, und der festliche Tag bedeutete für sie eine neue Sorgenlast. Zwei Tage rang die Selbstsucht mit der Kindesliebe in seinem kleinen Herzen.

Am dritten, morgens in aller Frühe, ehe die Mutter wach war, schlich er sich auf den Feherspielen ins Wohnzimmer zum Kalender, der noch den Fettel mit der 29 zeigte. Sorglich löste er das dahinterstehende Blatt mit der festlichen 29 heraus und zerriß es in winzig kleine Fetten, die er in die Wsche warf; dann legte er sich beruhigt wieder zu Bett. Nun würde die Mutter beim Abreißen den fehlenden Tag gar nicht bemerken. Wenn der Kalender vier Jahre lang vom 28. Februar zum 1. März übergang, ohne daß ein Mensch in der ganzen Welt Notiz davon nahm, warum sollte er es diesmal nicht auch tun dürfen? Reinhard hat an diesem Tage nicht ein Sterbenswörtchen von seinem Geburtstag über die Lippen gebracht. Manchmal hat die Mutter ihn forschend angesehen, um in seinem Herzen zu lesen, und hat den Nachbarinnen gegenüber auch ein Wort davon fallen lassen.

Von ihnen hat es dann der Meister Antonius erfahren und hat sich am folgenden Tage mit einem Geburtstagsgeschenk, so reichlich es sein kleiner Selbstbeutel erlaubte, auf den Weg ins Botenhans gemacht.

Das ist der ärmste und zugleich der reichste Geburtstagstisch gewesen, den ich in meinem langen Leben gesehen habe, mit diesen Worten schloß der Alte seine Erzählung. Nichts hat darauf gelegen als ein braunes Lebkuchenbrot. Still und reglos lag es da, so ruhig, wie nun das Herz des Jungen in der Brust schlug, das sich noch gestern vor Sehnsucht nach ein bißchen Festlichkeit verzehrt hatte. Aber Glück und Freude strahlten aus Reinhardts Augen, und auch die Botenfrau hat an dem Tage ihr altes und liebes Wesen von ehedem wiedergefunden.

Der polnische Bergbau.

In der polnischen Republik sind, wenn man den unbedeutenden Bergbau im Teichener Bezirk für 1926 mit 1920 Mann Belegschaft unberücksichtigt läßt, drei Steinkohlenbergbaubezirke vorhanden. Es sind dies, nach den ehemaligen Landesgrenzen getrennt, die Bezirke: Ost-Oberschlesien, Dombrowa und Kratau. Die Gruben Ost-Oberschlesien und die des Bezirks Dombrowa könnten ein einheitliches Ganzes bilden.

Der Riese unter diesen Bezirken ist Ost-Oberschlesien mit 46 Steinkohलगruben und rund 26 Millionen Tonnen Förderung pro 1926. Im Bezirk Dombrowa sind 34 Gruben mit 7.232.000 Tonnen und im Bezirk Kratau 9 Gruben mit 2.356.000 Tonnen Förderung vorhanden. Der Abbau vollzieht sich zum Teil auf sehr mächtigen Flözen. Auf der Grube Kasimir (Bez. Dombrowa) erreicht ein Flöz die Mächtigkeit von 24 Metern.

Eine Rationalisierung der Bergwerke ist auch in Polen vor sich gegangen. Ganz besonders ist im Kreise Rybnik ein Ausbau der Bergwerke erfolgt. Wo einst kleine Schachtanlagen einen Grubenbetrieb bildeten, findet die Förderung jetzt auf einer modern angelegten Schachtanlage statt. Der vorhandene Kohlenreichtum rechtfertigte die Modernisierung und doch weiß sich Schreiber dieses zu erinnern, wie vor etwa 40 Jahren eine zurzeit 3500 Arbeiter beschäftigende Grube wegen ungenügender Kohlenvorkommens stillgelegt werden sollte: Spekulationsabsichten interessierter Personen.

Mit dem technischen Fortschritt hat der soziale Aufstieg der Bergarbeiter nicht standgehalten. Eine Besserung gegen einst ist nicht abzuleugnen, war doch in der Vorkriegszeit die zehn- und zwölfstündige Schichtzeit gang und gäbe. Heute besteht die Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt für den einzelnen Arbeiter. In sehr heißen oder nassen Betriebspunkten beträgt die Arbeitszeit sechs Stunden. Für die Nebentagsarbeiter erhöht sich die Schichtzeit um die Pausen von anderthalb Stunden zur achtstündigen Arbeitszeit. In den Kolereien beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 56 Stunden. In den Bezirken Dombrowa und Kratau gilt die Achtstundenschicht ohne Pausen.

Die Gesetzgebung und auch die tarifliche Regelung brachten somit gute Fortschritte, die leider auch hier durch das grassierende Uberschichtenwesen zum Teil wieder aufgehoben wurden. Auf einigen Gruben Ueberarbeit, auf anderen Feiertagschichten; oft beides auf ein und demselben Wert. Mit der Einlegung von Feiertagschichten ist man nicht zimperlich, hatte doch eine fiktive Grube im Oktober v. J. acht Feiertagschichten eingelegt. Nach dem Bericht des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Vereins zu Katowitz entfielen auf dieselbe Grube 1926 pro Vollarbeiter 310 Schichten, d. h. 13 über die Normalzahl. Die meisten Gruben Ost-Oberschlesiens liegen mit der Ueberarbeit darüber, zumeist um den Gesamtdurchschnitt, der pro Vollarbeiter 321,9 Schichten erreicht. Den Rekord schlägt die dem Fürsten von Pleß gehörende Grube Vereinigte Alexander mit 333,7 Schichten pro Arbeiter. Die Ueberarbeit wird zum Teil erzwungen durch Androhung eventueller Entlassung. Einzelne Belegschaften fallen nicht auf die Angaben herein, durch Verfahren von Ueberarbeitern größere Absatzgebiete zu gewinnen und sich so vor Feiertagschichten und Entlassungen zu sichern.

Neben der Ausnutzung der Arbeiter durch Ueberarbeit ist die noch immer erhebliche Frauenarbeit

auf den Bergwerken ein beklagenswerter Zustand. In dieser Beziehung war Oberschlesien immer das Schmerzenskind. Eine Besserung gegen die Vorkriegszeit ist unbefreitbar, dennoch ist der Anteil der Frauenarbeit im Verhältnis zu dem der deutschen Bergreviere ein enormer. In Ost-Oberschlesien waren 1926 bei 76.875 Mann Belegschaft 2349 Frauen im Steinkohlenbergbau oder 3,05 Prozent tätig. Es sind Werke vorhanden, die noch kein ganzes Prozent Arbeiterinnen haben, dafür weist die Conf. Bohm-Laura-Grube 8 Prozent Arbeiterinnen auf.

Die jugendlichen männlichen Arbeiter erreichen in Ost-Oberschlesien 0,3 Prozent der Belegschaft, mithin weniger als in den deutschen Bergrevieren. Im Bezirk Dombrowa ist die Beschäftigung erst vom 15. Lebensjahre ab gestattet und muß den Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre Freizeit für Bildungszwecke gewährt werden.

Die Löhne sind gleich den deutschen Bergarbeiterlöhnen unzureichend. Falsch wäre es aber, durch Umrechnung des Flothy in Reichsmark, der für etwa 47 Pf. zu haben ist, den Lebensstandard bewerten zu wollen. Die Kaufkraft des Flothy im Inlande muß Berücksichtigung finden, wenn Vergleiche mit Löhnen anderer Bergreviere vor sich gehen sollen. Die Angaben, daß der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft, in Reichsmark ausgedrückt, pro Arbeiter 3,50 M. betrage, entsprechen dem tatsächlichen Durchschnittsverdienst von 7,38 Flothy. Doch beachtet man, daß der Flothy im Inlande etwa 80 Prozent der Reichsmark gleichzusetzen ist, so kommen Reallöhne heraus, die in den östlichen deutschen Bergrevieren auch gezahlt werden. Also ungenügend hier und dort. Durch die Erhöhung des Lohnes im Bezirk Dombrowa im November 1927 um 8 Prozent stellt sich dort der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft auf etwa 8,90 Flothy. Damit ist der Realwertlohn um einiges besser als der in West-Oberschlesien, von Niederschlesien ganz zu schweigen.

Diese Lohnerrhöhung fand statt, obgleich der im Mai 1927 abgeschlossene Tarifvertrag bis zum 30. April 1928 Gültigkeit haben sollte! Dieses könnten sich die Unternehmer des Ruhrgebietes zum Vorbild nehmen.

In den Bezirken Dombrowa und Kratau sind die Gruben in drei Gruppen eingeteilt (je nach Ergiebigkeit). Der Lohn setzt sich aus dem Schichtlohn oder Gehingelohn und einer Prämie zusammen. Die Prämie wird allen Arbeitern zuteil, die im Monat nicht mehr als zwei Schichten ohne ausreichende Entschuldigungen gefehlt haben. Diese beträgt in den Revieren:

	Dombrowa	Kratau
für Ledige	6 %	5 %
für kinderlose Verheiratete, Witwer, Wittwen mit einem Kinde	12 %	10 %
dieselben mit zwei bzw. drei Kindern	19 %	17 %
dieselben mit vier Kindern und mehr	29 %	25 %

des Lohnes für die verfahrenen Schichten, abzüglich Ueberstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeit.

Dieses Prämienystem bedeutet für die Kinderreichen eine erhebliche Bevorzugung. Nach dem Schichtlohn von 5,60 Flothy erhält der Ledige im Bezirk Dombrowa plus Prämie 5,94 Flothy, der Verheiratete mit vier Kindern 7,22 Flothy oder 18 Prozent mehr. Im Alfordlohn steigert sich der Prozentsatz des Mehrlohnes. Trotz dieser Mehrausgaben für den Kinderreichen soll keine Auswahl dieserhalb zu verzeichnen sein.

Der Alfordlohn für die Hauer

Soll den für ihn geltenden Schichtlohn bei normaler Leistung um 30 Prozent übersteigen, für den Bedingegelöhner um 25 Prozent. Wenn nach Ablauf eines Monats der Hauer im Alford keine 15 Prozent und der Bedingegelöhner keine 10 Prozent über dem Schichtlohn verdient, so haben sie das Recht, eine Verringerung des Alfordes durch eine Revisionskommission zu fordern. Diese Kommission setzt sich aus fünf Personen zusammen, und zwar: ein Vertreter der Bergbehörde, zwei Vertreter des Arbeitgebers, von denen der eine Betriebsleiter sein muß, und zwei Arbeiter entsprechender Kategorie.

Trotz dieser Lohnregelung ergeben sich auch in derselben Gruppe der Gruben erhebliche Lohnunterschiede. So haben z. B. im August 1927 die Durchschnittslöhne (in Flothy) betragen:

Grube	Hauer	Füller	Hilfsarbeiter
Zowisch	11,00	7,20	5,50
Czeladz	11,24	8,56	5,10
Wittor	8,42	6,03	4,56

Beachtlich ist der soziale Fortschritt in der Urlaubsfrage in den ehemals russischen Gebietsteilen Polens. Bezahlt Urlaub war in der Vorkriegszeit ein unerhörter Gedanke. Heute ist er in dem einst sozial rückständigen Gebiet weit besser geregelt als in dem sozial fortgeschrittenen Deutschland. Nach dem Urlaubsgesetz vom 16. Mai 1922, das für ganz Polen ausschließlich Ost-Oberschlesien gilt, haben die Arbeiter im Bergbau, in der Industrie usw. mit wenigstens vier Arbeitnehmern nach einjähriger Tätigkeit Anspruch auf achtstägigen, nach dreijähriger Tätigkeit auf fünfzehntägigen entlohnten Urlaub. Jugendlichen Arbeitern unter 18 Jahren steht ein vierzehntägiger Urlaub nach einjähriger ununterbrochener Tätigkeit zu. Der ostoberschlesische Bergbau hat dieselben Urlaubsbestimmungen wie der westoberschlesische bzw. der Ruhrbergbau, nur daß noch die Zeit im Ruhrbergbau erlangte Urlaubsgewährung von drei Tagen für 15- und 16jährige Arbeiter vorgeht.

Hervorgehoben zu werden verdient noch die Einstellung mancher Bergwerksunternehmungen zu den Arbeiterorganisationen. Auf mehreren Bergwerken werden die Mitgliedsbeiträge für den Zentralverband der Bergarbeiter Polens bei der Lohnzahlung eingehalten und dem Verbands zugewandt. Dies ist für Ost-Oberschlesien nicht zu verzeichnen, hier ist noch eine Portion altpreussischen Geistes zurückgeblieben, der selbst die Kontrolle der Mitgliedsbücher auf dem Werke nicht dulden will.

Zum Schluß mag nicht unerwähnt bleiben, daß in dem Salzbergwerk Wieliczka (1700 Arbeiter) die achtstündige Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt für die Gesamtbelegschaft (Beginn der Einfahrt 5 Uhr, Ausfahrende 13 Uhr) besteht. Die Löhne sind geringer als im Kohlenbergbau.

Forderungen der französischen Arbeiter.

Paris, Anfang Januar 1928.

Der französische Gewerkschaftsbund hat vor einigen Wochen ein neues Manifest veröffentlicht, das sämtliche derzeitigen Wirtschaftsforderungen der französischen Arbeiter kurz zusammenfaßt. Nachdem die Reichspressen dazu bemerkt, daß es vom traditionellen Sozialismus abriche, daß „nicht eine einzige marxistische Formel mehr in dem Manifest zu finden ist“ und daß so die französischen Gewerkschaften eine nationale Macht werden könnten, wie in den Vereinigten Staaten die „American Federation of Labor“ (so der „Temps“), war vorauszu sehen, daß dieses Programm auf dem letzten sozialistischen Parteitag eine ziemlich Rolle spielen würde. Dieser hat in den letzten Dezembertagen stattgefunden, und natürlich wurde da auch das neue Programm des Gewerkschaftsbundes von der Linken der sozialistischen Partei sehr angegriffen.

Was enthält es? In seinem ersten Teil betont es ausdrücklich — und das scheint von der bürgerlichen Rechten leider nur als leere Phrase aufgefaßt worden zu sein —, daß die französischen Arbeiter „in nichts auf ihr Ideal der Freiheit und der Gerechtigkeit verzichten, da dies allein den Arbeitern den Platz geben kann, auf den sie ein Recht haben“. Es verlangt dann eine bal-

stige Stabilisierung des Frank zur Mehrung des allgemeinen Wohlstandes (werden nicht dadurch gleichzeitig die sozialen Ungleichheiten im heutigen Wirtschaftssystem erhöht und also eine Fortführung der Arbeiter von ihrer eigentlichen Aufgabe vorbereitet?, lautet da der Einwand der Sozialisten) und zur Hebung der Kaufkraft der Massen: „Höchstmäß von Produktion in kürzester Zeit bei einem Maximum von Lohn“, heißt die neue Formel, die Leon Jouhaux, der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, schmiedete. Das ist aber nur möglich „durch die Entwicklung des Tarifvertragssystems und durch Arbeiterkontrolle der Betriebe und Kartelle und durch die Beteiligung der Arbeiter an den Betrieben“. Es heißt dann weiterhin: „Durch Aufstellung dieser Forderung will der französische Gewerkschaftsbund nicht nur ein Recht, das die Arbeiter anderer Industrieländer bereits zum größten Teil besitzen, sondern er weist auch darauf hin, daß diese Reform die Einführung neuer technischer Systeme begünstigt und daß sie einfach unentbehrlich ist für die Neuorganisation der französischen Wirtschaft.“

Zur Ausführung dessen bedarf es der unbedingten Einhaltung oder Anerkennung der folgenden acht Punkte:

1. Die Anwendung des bisher nur erst vom Parlament angenommenen Gesetzes über die Sozialversicherungen und dessen Ergänzung durch ein Arbeitslosenversicherungsgesetz.
2. Für Arbeiterinnen und Arbeiter muß das Prinzip gelten: für gleiche Arbeit gleichen Lohn.
3. Bezahlung der Ferien.
4. Umorganisation der Arbeiterbeaufsichtigung und Einsetzung von Arbeiterbelegierten für die Sicherheit in den Betrieben.
5. Ratifizierung der internationalen Arbeitsabkommen, besonders derer, die sich auf den Schutz der Frau und des Kindes beziehen.
6. Ausdehnung der Arbeitsgesetzgebung, wobei auch vor den Kolonien und den unter französischem Protektorat stehenden Ländern nicht halt gemacht werden darf.
7. Einrichtung eines aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern in gleicher Zahl zusammengesetzten Schiedsgerichts, das bei Arbeitskonflikten einen obligatorisch bindenden Spruch zu fällen hat.

Schließlich verlangt das Manifest die Ausdehnung der Rechte des französischen Wirtschaftsrechts, der auf Anregung von Jouhaux durch die erste Herriot-Regierung geschaffen wurde, aber bisher seine kleine Rolle, die ganz auf die Beratung technischer Fragen beschränkt ist, nur in sehr geringem Maßstab hat spielen können.

Die größten Schwierigkeiten haben die französischen Gewerkschaften mit ihrer Auffassung vom Streik (ein neuer Gesetzesvorschlag der sozialistischen Abgeordneten Victor Jean verlangt endlich, daß der Streik gesetzlich als momentane Arbeitsunterbrechung aber nicht als Kontraktbruch bestraft werden soll) und in ihrer Forderung einer Arbeiterkontrolle der Betriebe. Ja, man zweifelt verschiedentlich in den Gewerkschaftskreisen daran, daß die Kontrolle ohne allerschwerste Kämpfe durchzuführen ist. Ueber die Ausföhrung ist man sich im einzelnen unklar. Soll das deutsche Betriebsrätegesetz angewandt werden, oder sollen unabhängige Staatsbeamte, die mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, mit dieser Aufgabe betraut werden? Aber einig ist man sich in deren Notwendigkeit. Und einig ist man sich auch in dem Bewußtsein, daß die Arbeitgeber die Kontrolle so stumpf und unbrauchbar wie möglich zu gestalten suchen, daß sie ihr Verträumen aufbürden und ihre baldige Wiederabschaffung versuchen werden. Einstweilen wehren sich die Arbeitgeber dagegen, weil Gewerkschaften, die auf dem Klassenkampfstandpunkt stehen, unmöglich zu einer Kontrolle der Betriebe herangezogen werden dürften. Der französische Gewerkschaftsbund erwidert darauf: „Es sind im Gegenteil gerade die Arbeitgeberverbände, die den Klassenkampf durch die Verweigerung der Arbeiterkontrolle verweigern.“

Im Jahre 1928, welches sehr wahrscheinlich das Jahr der Stabilisierung des französischen Frank ist, wird man zweifellos an den neuen Forderungen des französischen Gewerkschaftsbundes nicht achtlos vorübergehen können. Kurt Lenz.

Wenarftigung der Arbeitskammer.

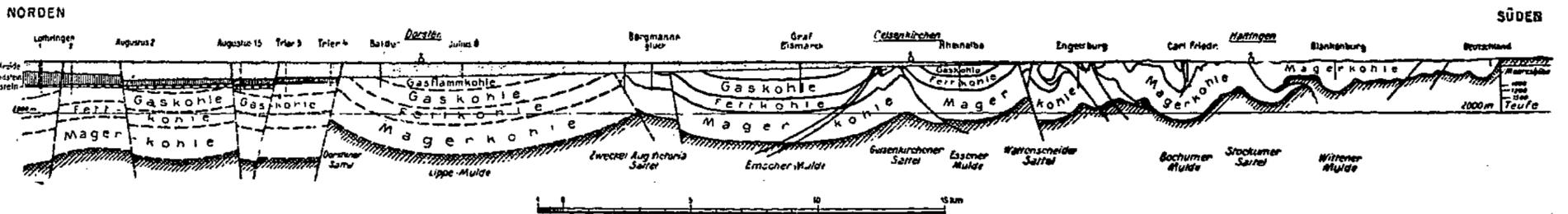
Am 13. Januar tagte die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau des Ruhrgebietes. Auf der Tagesordnung standen folgende Beratungsgegenstände:

1. Genehmigung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr 1928.
2. Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes.
3. Vorschlag des Herrn Oberbergamtsdirektors Dr. Weise vom Preussischen Oberbergamt in Dortmund betreffend Verleihung einer Auszeichnung an solche Bergwerkstatthalter, welche ihre Gesellenprüfung mit dem Prädikat „Sehr gut“ oder „Mit Auszeichnung“ bestanden.

Zu Punkt 1 wurde der Haushaltsplan nach dem Entwurf des Rechnungsausschusses einstimmig angenommen. Eine Beitragsumlage für das Geschäftsjahr 1928 ist nicht erforderlich, weil die für das laufende Geschäftsjahr vorgesehenen Ausgaben aus den Ueberflüssen des abgelaufenen Geschäftsjahres gedeckt werden können.

Zu Punkt 2 lag der Wenarftigung das von der Arbeiter- und Angestelltengruppe in mehreren Sitzungen ausgearbeitete Gut-

Das Ruhrkohlenbecken.



Die Ausdehnung der großen Mulde, die die Steinkohlenablagerung des Ruhrgebietes bildet, ist noch nicht bekannt. Unsicher nimmt man an, daß die Nachener Vorkommen die Fortsetzung dieser Mulde nach Westen bilden und daß es sich ebenso verhält mit den Vorkommen bei Osnabrück und Ibbenbüren.

Die Grenze der flözführenden Schichten ist nur im Süden der Ablagerung bekannt. Von hier ist die Kohle nach Norden, Nordwesten und Nordosten auf einem Flächenraum von etwa 3000 Quadratkilometer nachgewiesen. Die größte, spitzwinklig zum Streichen gemessene Länge der flözführenden Schichten (Linie Gelsenkirchen - Soest) beträgt 120 Kilometer; die größte rechtwinklig zum Streichen gemessene Breite (Linie Gelsenkirchen-Bochum-Wulfen) beträgt 45 Kilometer. Im südlichsten Teil dieses Gebietes tritt die Kohle in einem von Südwesten nach Nordosten gerichteten Streifen zu Tage. Der übrige Teil liegt unter einer bei Bochum beginnenden Decke jüngerer Schichten, die nach Norden und Osten

an Mächtigkeit zunimmt und bei Recklinghausen etwa 500 Meter und bei Münster 1400 Meter mächtig ist.

Die Zahl der bauwürdigen Flöze beträgt im Durchschnitt 70 bis 76, im Höchstfall 96. Die durchschnittliche Mächtigkeit kann zu 0,90 Meter angenommen werden, es kommen aber auch Mächtigkeiten bis 2,50 Meter vor (Flöz Dickenbank, Sonnenschein). Der Kohlenreichtum des Gebietes wurde 1900 vom Geheimen Bergrat Dr. Schulz bei Annahme einer Ausdehnung auf 2900 Quadratkilometer geschätzt; bis 700 Meter Teufe 11 Milliarden, von 700 bis 1000 Meter Teufe auf 18,3 Milliarden Tonnen, von 1000 bis 1500 Meter Teufe 25 Milliarden Tonnen, zusammen also 54,3 Milliarden Tonnen, während andere Schätzungen bis auf 75 Milliarden Tonnen lauten. Die flözführenden Schichten sind mehrfach gefaltet. Die von Westnordwest nach Nordnordwest streichenden Hauptmulden und Hauptfalten, die stellenweise eine Aufrichtung bis zu 70 Grad zeigen, sind, wie unsere Zeichnung zeigt, folgende:

- Wittener Hauptmulde (Linie Hattingen - Witten - Hörde - Königsborn).
- Stodumer Hauptfalte (Linie Belbert - Hattingen - Langendreer - Ramen).
- Bochumer Hauptmulde (Linie Werden - Heisingen - Dahlhausen - Marten - Altendörne).
- Wattenscheider Sattel (Linie Rütterscheid - Krath - Wattenscheid - Wodelschwingh).
- Essener Mulde (Linie Mühlheim-Ruhr - Essen - Stoppenberg - Herne - Mengede).
- Gelsenkirchener Sattel (Linie Altenessen - Schalke - Orange - Henrichsburg).
- Emfcher Mulde (Linie Bottrop - Sorst - Berten - Recklinghausen).
- Gladbecker Sattel, Lippe mulde und Dorstener Sattel.

achten zu dem Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes zur endgültigen Beschlußfassung vor. Der Vorbereitende Ausschuss hatte sich mit diesem Beratungsgegenstand in seiner Sitzung vom 6. Dezember 1927 ebenfalls beschäftigt. In dieser Sitzung wies die Arbeitsgebergruppe darauf hin, daß im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat beide Seiten an den Beratungen des vorliegenden Gesetzentwurfs mitwirkten. Aus diesem Grunde und auch mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitskammer offiziell von keiner Behörde angefordert worden sei, ein Gutachten zu dem Gesetzentwurf abzugeben, liege für die Arbeitsgeberseite keine Veranlassung vor, sich hier in der Arbeitskammer gütlich mit dem Gesetzentwurf zu äußern. Auch zeigte die Arbeitsgeberseite, daß eine Übereinstimmung zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu diesem Gesetzentwurf nicht zu erzielen war, zumal die Arbeitgeberseite grundsätzlich den Standpunkt vertrat, daß dieses Gesetz auf den Bergbau nicht anzuwenden sei. Auch der grundsätzliche Standpunkt der Arbeitnehmergruppe bezüglich Einbeziehung der Landwirtschaft in dieses Gesetz konnte von der Arbeitgeberseite nicht geteilt werden.

In der heutigen Plenarsitzung erklärte die Arbeitgebergruppe, daß sie auch heute an ihrem im Vorbereitenden Ausschuss eingenommenen Standpunkt festhalte und es ablehnen müsse, sich zu dem vorliegenden Gesetzentwurf gütlich zu äußern. Darauf wurde verordnungsgemäß der Beratungsgegenstand an die beiden Gruppen der Arbeiter und Angestellten zur gesonderten Beschlußfassung überwiesen.

Die beiden Gruppen (Arbeiter und Angestellte) erklärten sich auch heute für die Beibehaltung ihres vorgelegten Gutachtens und beschloßen, dasselbe nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften zu übermitteln. Das Gutachten enthält Vorschläge zur Änderung der einzelnen Paragraphen des Entwurfs. Diesen Änderungsvorschlägen stellt die Arbeitnehmergruppe jedoch zwei grundsätzliche Hauptforderungen voran, und zwar:

1. Die im § 2 des Entwurfs vorgesehene Ausnahme für die Landwirtschaft kann unmöglich bestehen bleiben, da ihr jede sachliche Berechtigung fehlt. Gerade der jugendliche Nachwuchs in der Landwirtschaft bedarf in bringendem Maße der geeigneten Beschulung und Unterweisung. Die Landwirtschaft stellt im großen Umfang das Reservoir zur Ausfüllung des Nachwuchses für Handwerk und Industrie.

2. Die im § 70 des Entwurfs vorgesehene Handwerks- und Handelskammern (Industrie- und Handelskammern) sind als Berufsvertretung unmöglich, da sie einseitige Unternehmerorgane darstellen. Es muß unbedingt gefordert werden, daß als Berufsvertretung nur paritätisch zusammengesetzte Körperschaften eingesetzt werden. Ein solches paritätisches Organ stellt zum Beispiel die Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes dar.

Punkt 3 wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden mit Zustimmung der Anwesenden von der Tagesordnung abgesetzt, weil dieser Beratungsgegenstand in der der Plenarsitzung vorausgegangenen Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses noch nicht zum Abschluß gebracht worden war. Der Vorbereitende Ausschuss hatte vielmehr beschlossen, die Beratung dieses Gegenstandes für eine spätere Sitzung zurückzustellen.

Konferenz in Oberschlesien.

Am 8. Januar tagte im „Volkshaus“ in Beuthen eine Knappschaftsältesten-Konferenz. Um 10,15 Uhr eröffnete der Bezirksleiter Kossahl die Konferenz und erteilte das Wort dem Vorsitzenden der Oberschlesischen Knappschaft, dem Kameraden Piecha, zu einem kurzen Bericht des Vorstandes. Piecha ging besonders auf die Frage des Neubaus einer Lungenheilstätte in Rotitz ein und betonte die Notwendigkeit einer solchen Heilstätte. Ferner berichtete er über verschiedene Verbesserungen in der Lazarettbetriebsführung. Zu dem Vertrage mit den neuangestellten Ärzten (Internisten) in den Lazaretten legte er dar, daß diese Neueinstellung notwendig war, um eine individuelle Behandlung der Kranken in den Lazaretten zu ermöglichen. Was die Frage der Kontrollärzte anbelangt, so führte er weiter aus, sei dieser Vertrag am 1. Januar 1928 aufgehoben, jedoch sah sich der Vorstand genötigt, an Stelle dessen ein anderes Kontrollsystem einzuführen, um einen Mißbrauch der Krankenkasse zu verhüten. Von der Einstellung mehrerer Kassenskontrollreue ist Abstand genommen worden, weil der Vorstand der Ansicht ist, daß bei einigermaßen gutem Willen der Versicherten die Knappschaftskasse vor Ausbeutung genügend geschützt ist, wenn alle Versicherten mitarbeiten, um vorzubeugen, daß die Kasse von Einzelnen grundlos ausgebeutet wird. Die Pflicht der Mitarbeit besteht für jeden Einzelnen, der Mitglied der Knappschaftskasse ist, weil jeder zur Aufbringung der Beiträge herangezogen wird.

Als nächst erhielt das Wort Kamerad W o r g i l z e - Bochum, der als Mitglied des Reichsknappschaftsvorstandes das Referat für die Konferenz übernommen hatte. In einem sehr sachlichen und ausführlichen Vortrag, gestützt auf statistische Unterlagen, behandelte er die augenblickliche Lage in der Kranken- und Pensionsversicherung der Reichsknappschaft. Ganz besonders ging er auf die Dinge ein, welche die ober-schlesische Bezirksknappschaft betreffen. Er führte aus, daß die Grenze der sozialen Belastung für die Arbeitnehmer erreicht sei. Man kann den Versicherten nicht zumuten, daß das Existenzminimum des Durchschnitts der Arbeiter durch weitere Belastung noch mehr beschnitten wird. In dieser Tatsache scheitern auch die Tendenzen, weitere Leistungsleistungen in der Pensionsversicherung einzuführen. Ferner ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Kreis der Versicherten in Zukunft und damit auch natürlich die Umlegung der Lasten auf breitere Schultern nicht in wesentlichem Ausmaße erfolgen wird. Auf Grund statistischer Erhebungen in der Reichsknappschaft wird die Jubiläumsdifferenzialer in den nächsten Jahren eine erhebliche Steigerung erfahren, was wieder zu einer Steigerung der Ausgaben führen muß. All diese Beweggründe veranlassen uns als verantwortungsvolle Organe der Sozialversicherung, eine weitere Belastung der Versicherten durch Bewilligung neuer Mehrleistungen zu unterlassen. Eine solche Maßnahme aber würde bedeuten, wenn man den § 37 des Reichsknappschaftsgesetzes zu einer Pflichtleistung umwandeln würde. Nach dieser Richtung sind alle Organisationen und auch die zahllosen Versicherten einer Meinung. Die Knappschaftsältesten insbesondere haben die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß den Versicherten in all diesen Fragen Aufklärung gegeben wird. Die soziale Gesetzgebung kann nur dann ausgebaut werden, wenn jeder Einzelne aufgeklärt ist und ein geschlossenes Arbeiten besteht. Angesichts der jetzigen Verhältnisse wird man über kurz oder lang dazu übergehen müssen, die Soziallasten einzelner Berufsgruppen auf breitere Schultern umzuliegen. — Die Ausführungen des Kameraden Borgschulze wurden allgemein mit Zustimmung aufgenommen.

In der Diskussion sprachen die Kameraden: D s m a n n (Castellengrube), B l a c h n i c k i und K r a n z (Delbrückschichte), B i e l (Berginspektion II), M i s t e (Abmehrgarbe), S h i g u l l a (Concordiagrube), F o i l (Guldgrube), F r a n k o w s k i (Neue Weichselgrube), S a c h m a n n (Knappschaftsverwaltung), S a i n (Brennengrube), L a s z a r z h e i m (Heinigrube) und R a p p i l (Castellengrube). Alle Diskussionsführer trugen einzelne Sonderwünsche vor und waren der Ansicht, daß die Einrichtungen der Knappschaft zugunsten der Versicherten so ausgebaut werden müssen, um den berechtigten Forderungen der Hilfsbedürftigen entsprechen zu können. Es wurde allgemein der Standpunkt ver-

treten, daß zurzeit eine Beitragserhöhung unter keinen Umständen eintreten darf. Bei den jetzigen niedrigen Löhnen kann man den Bergarbeitern nicht zumuten, noch höhere Lasten zu übernehmen. Die laufenden Abzüge von dem fargen Verdienst der ober-schlesischen Bergarbeiter stellen heute schon das Meiste dar. Weitere Belastungen können den Versicherten nicht zugemutet werden.

In seinem Schlußwort behandelte Kamerad Borgschulze alle die in der Diskussion vorgetragene Beschwerden und Anregungen. Ein eingebrachter Antrag bezüglich des § 37 des Reichsknappschaftsgesetzes wurde zurückgezogen und soll künftig, sofern die Entwicklung in der Knappschaft eine stabile geworden ist und die Verhältnisse sich zugunsten der Versicherten ausgewirkt haben, erneut eingebracht werden. Eine klare Sicht über die Entwicklung der Zukunft muß vorhanden sein, wenn einschneidende Neuregelungen geschaffen werden sollen. Nachdem der Antrag zurückgezogen worden war, erbrachte sich eine Abstimmung und auch die vorgesehene Bezirksversammlung braucht nicht einberufen werden.

Nach einem kurzen Appell an die Knappschaftsältesten, weiter unermüdet an der Sozialversicherung und insbesondere der Knappschaftsversicherung zu arbeiten, schloß Kamerad Kossahl die gut verlaufene und sachlich gehaltene Konferenz gegen 15 Uhr mit einem „Glückauf!“



Julius Langner †.

Ganz unerwartet ist am 16. Januar der langjährige Hauptkassierer vom Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Julius Langner, im Alter von 51 Jahren gestorben. Seit 20 Jahren der Sachwalter der Organisation, hat er mit nie erlahmendem Fleiß und Zuverlässigkeit sein Amt mitstergütig verwaltet. Wir bewahren dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken.

Am Grenzstreit zu vermeiden,

haben der Metallarbeiter- und der Eisenbahnerverband vereinbart:

Entsprechend den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (§ 8) erklärt der DMV, auf die Eisenbahn-Reparaturwerkstätten als Agitations- und Organisationsgebiet zu verzichten zugunsten des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands.

Auf die Mitglieder des DMV, die im Eisenbahndienst noch beschäftigt sind, darf kein Zwang ausgeübt werden zum Uebertritt in den Einheitsverband. Freiwillige Uebertritte sollen nicht gehindert werden.

Uebertritte von Mitgliedern des DMV in den Einheitsverband der Eisenbahner und umgekehrt dürfen nur unter Beachtung der in den Satzungen des ADGB (§ 10) festgesetzten Voraussetzungen und Formalitäten erfolgen.

Streitigkeiten sollen, sofern sie nicht örtlich geschlichtet werden können, den Bezirksleitern beider Verbände zur Schlichtung überwiesen werden. Kommt auch hier keine Einigung zustande, sind die Vorstände anzurufen, welche die letzte Entscheidung in beiderseitigem Einvernehmen treffen.

Öffentlich wirkt dies Beispiel zurück auf andere Verbände, die unter ähnlichen Verhältnissen zu leiden haben.



Aus dem Kreise der Kameraden

Unsere Toten.

Zahlstelle Essen. Durch das Hinscheiden unseres Kameraden August Schreckenreuter wurde wieder eine Lücke gerissen in die Reihen der Wenigen, die im Jahre 1889 die Sturmflut des Verbandes zum Kampfe gegen das Kapital ergriffen, um den Bergarbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen. Er war noch einer der wenigen Alten, die den Verband der Bergarbeiter und unsere Zahlstelle im Jahre 1889 gründeten und ihm ununterbrochen treu blieben. Die harten Kämpfe der ersten Zeit vermochten ihn nicht irre zu machen. Stets war er bis in sein hohes Alter auf dem Posten, wenn es galt, für die gute Sache seinen Mann zu stellen. So fanden wir den alten Kämpfer noch vor wenigen Wochen an der Wahlurne der Genossenschaft, deren Mitglied er seit der allerersten Zeit war. Auch die politischen Bewegungen der Arbeiterklasse verfolgte er mit großem Interesse bis in die letzten Stunden. Altersschwäche setzte seinem 75. Lebensjahr ein Ende. Der Jugend als Vorbild eines zähen Kämpfers, den Allen ein treuer Kamerad: so werden wir seiner stets in Ehren gedenken. Zum Gruß ein letztes Glückauf!

Gelbra. Am 10. Januar verunglückte auf dem Wolfschicht bei Giesleben der Kamerad Hermann Köpfel aus Bergisdorf durch niedergehendes Gestein tödlich. Kamerad Köpfel war langjähriges Bezirkskommissionsmitglied in Halle und außerdem Kassierer der Zahlstelle Bergisdorf. Wir betauern in ihm einen pflichttreuen Kameraden und werden sein Andenken in Ehren halten!

Sauenhain. Am 9. Januar verschied nach längerem, schweren Leiden unser Kamerad, der Zwalbe Christian Straßner. Der Verstorbene hat dem Verbands seit dem Jahre 1919 treue Mitgliedschaft bewahrt. Wir werden das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten!

Wiescherhöfen. Am 15. Januar verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Kamerad Hermann Brüggemann im Alter von 69 Jahren. Er war neun Jahre Mitglied des Verbandes und allen Kameraden gut bekannt. Wir werden das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten!

Meidet die Ueberarbeit!

Nach dem Braunkohlenarbeiterstreik wurden viele Arbeiter nicht wieder eingestellt, trotzdem, an der Nachfrage gewertet, Arbeiter zu wenig vorhanden waren. Man wollte diesen Mangel ausgleichen durch Ueber- und Sonntagsarbeiten. Zuerst wandte man sich an die Bergbehörden, weil die Herren von dort immer die erste Hilfe erwarten. So auch Herr Kohlenbaron Direktor Sapper von der Grube Wilhelmshaus und Waidmannsheil (M. K.-B.). Er erhielt jedoch von Herrn Bergrat Schanz (Bergamt West-Cottbus) die Mitteilung, daß nur dann Sonntags produktiv gearbeitet werden kann, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung dazu gibt. Unsere Betriebsräte haben selbstverständlich derartige Ansuchen abgelehnt. Herr Direktor Sapper aber erklärte ganz einfach im Stahlhelme: „Dann lasse ich eben die Belegschaft ohne Zustimmung des Betriebsrats arbeiten!“

Noch toller macht es der weit und breit bekannte Direktor Lehmann (nicht der Holländer Lehmann) der Grube Fieß in Klett-berg, der in sehr strengem Werkverein mit seinem Werkvereins-Obersteiger erklärt: „Ich erkenne seit dem Oktoberstreik keine Betriebsräte mehr an, und deshalb muß die Belegschaft Sonntags arbeiten!“ So kurz geschilbert haben es die Kohlenbarone am 8. Januar durchgehört und die Belegschaft zur Sonntagsarbeit distanzieren. Bergarbeiter, so laßt ihr euch von einigen Geldgierigen eurer Freiheit auch noch Sonntags berauben! Wenn, wie zum Teil festgesetzt ist, eure Betriebsräte zur Sonntagsarbeit keine Zustimmung geben haben, dann laßt Männer und laßt euch von den Herren Sapper, Lehmann, Arndt, Neilig usw. keine Son-

tagsarbeiten aufzwingen! Tut ihr es dennoch, dann fällt ihr euren Betriebsräten und euren gemäßigten Kameraden in den Rücken!

Wie nützt man euren guten Willen zur Sonntagsarbeit noch weiter aus? Bei der nächsten Lohnverhandlung werden euch die Ueberarbeiten in den Durchschnittslohn angerechnet und müssen wir, wie immer, weit unter unsere gestellten Forderungen abzurufen. Ferner werden die Herren Kohlenbarone bei der Arbeitszeitverhandlung den Nachweis führen, daß die Bergarbeiter noch länger arbeiten können als jetzt. Das schlimmste dabei ist noch bei den Ueberarbeiten, daß ihr euren Verhandlungsführern das Verhandeln in jeder Beziehung erschwert. Also, Kameraden, laßt das Sonntagsarbeiten ab. Sorgt ferner für Aufklärung und ruht nicht eher, bis der letzte Bergarbeiter in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands eingetreten ist!

Sernt von diesen Invaliden!

Ein schönes Beispiel von Solidarität geben die Knappschafts-invaliden der Zahlstelle Lünen-Süd. In einer vom Vertrauensmann Richter einberufenen Invalidenversammlung, die von ungefähr 40 Invaliden besucht war, beschloßen dieselben einstimmig, zwei Extramarke zu fleben, obwohl sie dazu nicht verpflichtet sind. Der Vertrauensmann, auch ein Knappschaftspensionär, machte die anwesenden Kameraden auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Lohnbewegung im Ruhrgebiet aufmerksam und daß von dem Ausgang derselben auch die Leistungsfähigkeit der Ruhrknappschaft zum Teil abhängt. Wenn die in Arbeit stehenden Kameraden keinen anständigen Lohn verdienen, können dieselben in Zukunft nicht mehr die hohen Beiträge für die Knappschaft zahlen. Dann bestände aber die Gefahr, daß die Leistungen der Knappschaft herabgesetzt werden müßten. Zur Unterstützung der aktiven Kameraden bei den bevorstehenden Lohnkämpfen faßten die Kameraden vorstehenden Beschluß.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Mansfelder A.-G.

In letzter Zeit haben die tödlichen Unglücksfälle bei der Mansfelder Aktiengesellschaft in erschreckender Weise zugenommen. Die Anspannung der Arbeiter in der Leistung scheint wohl eines der Hauptursachen der vielen Unglücksfälle zu sein. Es muß Aufgabe der organisierten Kameraden sein, diese anormalen Verhältnisse zu beseitigen. Leben und Gesundheit müssen mehr in den Vordergrund gestellt werden. In Mansfeld kämpfen die organisierten Kameraden schon lange um gesündere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, leider finden sie nicht das notwendige Verständnis bei der Gegenseite. Ihre Aufgabe ist, einen Arbeiter gegen den anderen auszuspielen. Die einseitige ungesunde Lohnpolitik muß zum Verhängnis der Arbeiter führen. Leider befinden sich unter den Arbeitern auch noch viele, welche nicht verstehen, wohin dieser einseitige Weg führt. Wären sie in unseren Reihen, dann wäre schon manches gebessert.

Zur Niederhaltung der Arbeiter ist jetzt auch eine Werkszeitung, genannt „Mappian und Neute“, eingeführt. In dieser wird von „gegenseitigem Zusammenarbeiten“ gesprochen, leider soll sie nur zur Verbummung der Arbeiter führen. Zur Erhaltung der Betriebe gehört vor allen Dingen auch die Gesundheit der Arbeiter. Diese ist von seiten der Mansfelder A.-G. noch nicht gefördert worden. Wo einzelne Arbeiter noch unentgeltliche Fahrgelegenheit durch die Bergwerksbahnen hatten, ist sie diesen von der Mansfelder A.-G. genommen worden. Die Bergwerksbahnen befördern heute keinen Arbeiter mehr. Von ihren geringen Mitteln sind die Arbeiter gezwungen, private Gesellschaften in Anspruch zu nehmen. An die unorganisierten Arbeiter müssen wir uns wenden und sie fragen, ob sie diesem Treiben noch länger zusehen wollen? Wollen sie Abhilfe all dieser Mißstände, so haben sie sich ihren organisierten Kameraden anzuschließen, und zwar im Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Nur er verbürgt die sichere Gewähr, daß durch gemeinsamen Zusammenschluß die Lage der Bergarbeiter gebessert wird.

Verbandsnachrichten.

Auszahlung von Unterstützungen.

Milsdorf. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden letzten Sonntag im Monat beim 1. Vertrauensmann Herrn K u r z e, Mohlgasse 206. Mitgliedsbuch bzw. Krankenschein vorzeigen!

Wylerbekermark. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat wird Krankengeld und Erwerbslosengeld ausgezahlt. Mitgliedsbuch, Krankenschein bzw. Erwerbslosenkarte müssen eine Woche vorher beim Kassierer abgegeben werden zwecks Antragstellung.

Bergheim. Anträge auf Unterstützungen jeder Art (außer Sterbegeld) müssen bis zum 15. jeden Monats beim Kassierer Gleim erfolgt sein. Die Auszahlung derselben erfolgt in der Zahlstellenversammlung.

Castrop-Rauel 1. Die Kameraden, welche Anspruch auf Krankengeld oder Erwerbslosenunterstützung erheben, müssen bis zum 15. jeden Monats ihr Mitgliedsbuch, Erwerbslosenkarte bzw. Krankenschein beim Kassierer August B l i c h t e, Frohlinde Straße 20, abgeben. Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt von nun ab in der Zahlstellenversammlung, welche in der zweiten Hälfte jeden Monats abgehalten wird.

Bückleberg. Da ab 1. Januar die Berechnung der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung in Bochum stattfindet, so findet die Annahme der Mitgliedsbücher nebst Krankenschein oder amtlicher Erwerbslosenkarte jeden dritten Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr, beim Kassierer Paul Berentzoth, Bückleberg 51 1/2, statt. Die Auszahlung erfolgt jeden vierten Sonntag (von 10 bis 12 Uhr) ebenfalls beim Kassierer.

Wiescherhöfen. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat werden Anmeldungen für Kranken- bzw. Erwerbslosenunterstützung entgegengenommen. Mitgliedsbuch, Krankenschein oder Erwerbslosenkarte sind dem 1. Vertrauensmann vorzulegen.

Wintersdorf. Adresse des Vertrauensmannes Alfred Wäthter, Siedlung 22; Kassierer: Kurt Hüttenrauch, Siedlung. Unterstützungsauszahlung jeden Sonntag von 9 bis 11 Uhr beim Kassierer.

Bücherrevision.

Langendreer III. Vom 1. bis 29. Februar.

Kranzpendemarle.

Wiescherhöfen. Die Mitglieder werden ersucht, im Januar eine Kranzpendemarle zu fleben für das verstorbene Mitglied Brüggemann.

Knappschaftsältestenkommission Herne.

Zu der nächsten Quartalsitzung, die am Sonntag, 5. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus in Reelinghausen stattfindet, werden die Kameraden hiermit eingeladen. Der Obmann.

Widerruf! Die Mitteilung, die ich dem Knappschaftsältesten Herrn Rud. K a h l i n g e r gegenüber getan habe: „Bei der Mai-Aussperrung der Bergarbeiter im Jahre 1924 hätten die Funktionäre der Zahlstelle Rottrop II des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands bei ihrem Vertrauensmann so viel Bier getrunken, daß das überflüssige Bier die Treppe hinuntergelaufen sei“, nehme ich mit Bedauern als unwar zurück.

S o h a n n A d a l b e r t R o t t r o p, S u g o t t 36.

